A close-up portrait of Peter Hintze, an older man with white hair, smiling. He is wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a patterned tie. The background is a plain, light color.

Peter Hintze:
Die Bundestagswahl
ist eine
Richtungswahl

Seite 36-47

10. Parteitag
der CDU
in Bremen
17.-19. Mai

Helmut Kohl:
**Wir wollen
es packen,
und wir
werden
es packen**

Seite 3-34

Kurz & gut

Von diesem Bremer Parteitag wird das Signal ausgehen: Wir stehen zusammen, wir kämpfen zusammen, und wir setzen auf Sieg. Wenn ich sage "wir", dann, liebe Freunde, sind das wir alle.

Unsere Politik setzt auf Zukunft. Wir sagen in unserem Zukunftsprogramm nüchtern und ehrlich, was wir tun müssen und was wir erreichen wollen. Wir machen es uns nicht leicht. Wir machen keine wolkigen und schon gar keine falschen Versprechungen.

Inzwischen hat der Aufschwung auch im Bereich des Arbeitsmarkts begonnen. Die Trendwende ist da. Das gilt vor allem für die alten Bundesländer. Die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland ist stark zurückgegangen - wie noch niemals zuvor in einem April seit der Wiedervereinigung.

Was wir jetzt brauchen, ist eine verlässliche Politik - vor allem im Bereich der Steuern. Die große Steuerreform ist neben vernünftigen Tarifabschlüssen - beides gehört zusammen - der wichtigste Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen.

Wir haben die Rentenreform auf den Weg gebracht und die Reform der Arbeitsförderung. Wir haben für 16 Millionen Menschen in den neun Jahren seit der Wiedervereinigung den Sozialstaat aufgebaut. Scheuen Sie sich nicht, das zu sagen.

Der Aufbau Ost hat absolute Priorität für die Entwicklung in Deutschland. Das ist der Standardsatz, der gelten muß, und zu dem wir stehen.

Die Europäische Währungsunion wird Wirklichkeit. Der EURO kommt, er wird in der weltweiten Konkurrenz auf Platz zwei, vor den japanischen Yen kommen.

Aus dem Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHEN
AUF EINER SEITE**

**NR.
16**

Man braucht es gar nicht zu begründen, jeder spürt es: Wir stehen vor einem der härtesten Wahlkämpfe in der Geschichte unserer Bundesrepublik.

Helmut Kohl: Ich will mit Ihnen gemeinsam das Tor zum 21. Jahrhundert aufstoßen

Das, was wir jetzt tun, tun wir in dem Bewußtsein, daß in ein paar Jahrzehnten, wenn es uns nicht mehr gibt, eine andere Generation fragen wird: Was haben die eigentlich gemacht, um die Chancen zu nutzen? Wir können dabei im Blick auf Europa, auch als christliche Demokraten, gut bestehen.

Ich habe einiges von dem, was uns bewegt, hier sagen dürfen. Wir wissen, daß die Zeit bis zur Wahl unsere ganze Kraft kostet. Ich selbst werde mich nicht schonen. Das wissen Sie. Ich erwarte von jedem - egal, wo seine Funktion in der Partei ist - vollen Einsatz. Es steht viel auf dem Spiel. Wir wissen, wofür wir kämpfen. Das ist, wie ich denke, unsere größte Stärke.

- **Wir kämpfen dafür**, daß Deutschland seinen Spitzenplatz in der Welt halten kann.
- **Wir kämpfen für** wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze.
- **Wir kämpfen dafür**, daß sich in unserem Land Erfindungsreichtum und Unternehmungsgeist entfalten können.
- **Wir kämpfen dafür**, daß der Sozialstaat durch Umbau gesichert wird und die Solidaritätsge-

meinschaft auch in Zukunft den Armen und Ärmsten helfen kann.

- **Wir kämpfen dafür**, daß unser Staat die Sicherheit seiner Bürger gewährleistet.
- **Wir kämpfen dafür**, daß der Aufbau Ost weiter vorankommt und sich die Lebensverhältnisse in Deutschland angleichen. Wir, die im Westen unseres Landes aufgewachsen sind, wissen, was wir unseren Landsleuten in Ostdeutschland schuldig sind.
- **Wir kämpfen dafür**, daß unser Land in der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem bewährten Kurs bleibt.
- **Wir kämpfen für** die Einigung Europas, weil das die beste Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert ist.

Für diese Ziele will ich auch ganz persönlich antreten. Ich will mit Ihnen gemeinsam für unser Vaterland eine Zukunft in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und Sicherheit mitgestalten. Ich will mit Ihnen gemeinsam das Tor zum 21. Jahrhundert aufstoßen.

Meine Bitte ist ganz einfach: Machen Sie mit! Dann werden wir es packen.

Notfalls auch mit der PDS

Wenn Herr Schröder sagt, jetzt sei nicht mehr die Kandidatenfrage offen, wohl aber die Koalitionsfrage, dann ist das doch nicht wahr. Er hat es einmal ganz offen und ehrlich gesagt: Auch mit nur einer Stimme Mehr-

heit im Deutschen Bundestag würde er eine rot-grüne Regierung bilden. Ich bin sicher, daß er jede Stimme nehmen würde, auch solche von außerhalb des rot-grünen Bündnisses, also auch von der PDS.

Gesetz und Ordnung:

Das hat doch nun wahrlich nichts mit Faschismus zu tun. Lassen Sie sich das um Gottes willen nicht einreden. Es hat - ganz einfach, aber klar ausgedrückt - damit etwas zu tun, daß der Bürger seine Steuern

und Abgaben zahlt und dafür von seinem Staat vor allem zwei Dinge haben will: daß der Staat die äußere Sicherheit und die innere Ordnung des Landes und den Frieden garantiert, nicht mehr und nicht weniger.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen es packen, und wir werden es packen

Bis zur Bundestagswahl am 27. September sind es jetzt gerade noch viereinhalb Monate. Man braucht es gar nicht zu begründen, jeder spürt es: Wir stehen vor einem der härtesten Wahlkämpfe in der Geschichte unserer Bundesrepublik.

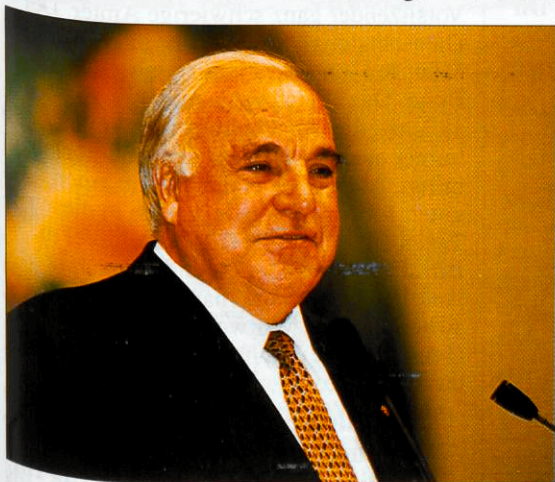
An diesen Parteitag richten sich große Erwartungen. An die 1000 Journalisten sind hierhergekommen, um zu sehen, wie gut

Feind-Verhältnis in der Politik -, es sind unsere Gegner, und sie wollen dorthin, wo wir jetzt sitzen: auf die Regierungsbank. Wir wollen nicht, daß sie dorthin kommen. So einfach ist das zu erklären.

Das ist zwar nicht politologisch fein ausgefeilt, aber für jedermann greifbar.

Und es sind – wenn Sie die Umfragen wenigstens an diesem Punkt ernst nehmen – Millionen, die unentschlossen sind, die fragen: Wie geht es weiter, was will die eine, und was will die andere Seite? – Viele – auch in dem Kreis unserer eigenen Anhänger – fragen sich: Packt es die Union wieder, oder schafft sie es nicht? – Wir werden hier in Bremen eine klare Antwort geben: Wir wollen es packen, und wir werden es packen.

Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen am 18. Mai



die CDU ist. Das ist der Hauptgrund, warum sie gekommen sind, und ich denke, wir wollen ihnen diese Freude bereiten.

Millionen unserer Landsleute überall in Deutschland blicken in diesen Tagen auf uns. Es sind unsere Anhänger, unsere Freunde, unsere Sympathisanten, und es sind unsere Gegner – nicht unsere Feinde; denn wir halten nichts von einem Freund-

Von diesem Bremer Parteitag wird das Signal ausgehen: Wir stehen zusammen, wir kämpfen zusammen, und wir setzen auf Sieg. Wenn ich sage: „wir“, dann, liebe Freunde, sind das wir alle.

Das sind die vielen hunderttausend Mitglieder der CDU, das sind die Männer und

Frauen in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden vor Ort, die für unsere Ideengemeinschaft stehen. Wir, das sind die verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Rathäusern in den Städten und Gemeinden unseres Landes. „Wir“, das sind unsere Repräsentanten in den Bundesländern, in den Landesregierungen, in den Landtagen – ganz egal, ob in der Regierung oder in der Opposition.

„Wir“, liebe Freunde, das ist unsere Bundestagsfraktion unter Führung von Wolfgang Schäuble, dem ich gleich zu Beginn meiner Rede für seinen beispielhaften Einsatz für unsere Sache und für unsere Überzeugungen herzlich danken will. Ich sage dies sehr persönlich, lieber Wolfgang, da ich weiß, was Dir der Alltag bringt – an Arbeit, auch an Verdruß und Ärger, aber auch an Freude. Ich danke Dir sehr, sehr herzlich für Dein Schaffen.

„Wir“, liebe Freunde, das sind auch unsere hauptamtlichen Mitarbeiter in den Kreisgeschäftsstellen, in den Bezirksgeschäftsstellen, in den Landesgeschäftsstellen und natürlich im Konrad-Adenauer-Haus. Lieber Peter Hintze, herzlichen Dank für das, was Du leistest, was Du tust, wie Du kämpfst – und auch dafür, daß Du manchen Verdruß ertragen mußt.

Generalsekretär, das ist ein schwieriger Job. Der eine sieht zuviel General und der andere zuviel Sekretär. Es jedem recht zu machen, ist nahezu unmöglich. Wenn die Sache gutgeht, waren es alle; das ist eben immer so. Wenn es nicht so gutgeht, waren es einige wenige, und dazu gehört auch immer der Generalsekretär. Ich will Dir herzlich dafür danken, wie Du – ich sage es salopp in der Sprache unserer Jungen – diesen Job machst, wie Du Dich ohne jedes Zögern in die Schlacht wirfst. Da gibt es andere, die sitzen in der Proszeniumsloge des Staatstheaters und schauen herunter, wie sich auf der Bühne ein paar tummeln. Die können gut darüber reden, aber wenn

sie selber auf der Bühne wären, würden manche ein ziemlich jämmerliches Bild abgeben. Auch das ist eine Erfahrung.

„Wir“, liebe Freunde, das sind auch unsere Kollegen und Freunde in der CSU. Wir sind Schwesterparteien. Das heißt eine ganze Menge. Das geht – wie es so ist im familiären Kreis – mal ganz gut, dann weniger gut, aber eines ist ganz klar: Wir gehören zusammen.

Wir können nur gemeinsam gewinnen, gemeinsam siegen. Das wird sich auch in diesem Bundestagswahlkampf wieder zeigen.

Deswegen will ich schon jetzt unserem Freund Theo Waigel, der heute am späten Nachmittag zu uns kommen wird, danken. Er hat als Finanzminister und als CSU-Vorsitzender ganz schwierige Ämter. Der Dienstsitz des CSU-Vorsitzenden ist in München, und der Finanzminister sitzt in Bonn. Das allein sagt jedem, was die gleichzeitige Ausübung beider Ämter immer auch an Schwierigkeiten mit sich bringt. Aber Theo Waigel macht einen guten Job, und ich habe gerade in diesen Tagen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham wieder erfahren, welch hohes Ansehen er auch international für seine Arbeit genießt. Wir wollen ihm für die Gemeinschaft und für sein Mittun herzlich danken.

Was mich betrifft, werde ich alles tun und meine ganze Kraft einsetzen, um mit Ihnen Tag für Tag für unseren Wahlsieg zu kämpfen. Ich will mit Ihnen gemeinsam diese Bundestagswahl gewinnen. Wir wollen diese Bundestagswahl gewinnen!

Die Partei kann sich auf mich verlassen, und ich verlasse mich auf Sie, auf unsere gesamte Partei. Wir werden um jede Stimme kämpfen. Das sagt sich so einfach da-

Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert



hin, aber das Land ist groß, und die Wähler warten auf uns. Wir müssen zu den Wählern gehen, dorthin, wo sie leben und arbeiten, wo sie jeden Tag ihr eigenes Leben führen. Das ist ein hartes Stück Arbeit, aber wir können es schaffen.

Dann kommt – wo Sie gehen und stehen – die Frage: Wie wollt ihr das eigentlich machen, was sind denn eure Trümpfe? – Ich denke, wir haben vier Trümpfe:

Erstens – und das schätze ich hoch ein -: Wir wissen zu kämpfen. Wir wissen, daß ohne Kampf keine Wahl zu gewinnen ist. Die Parole des alten Konrad Adenauer vor vielen Jahrzehnten war: Wahlkampf heißt Kampf. Das sind zwei Begriffe in einem Wort: kämpfen um jede Stimme. Jeder, der in diesen Tagen in den Kreisverbänden mit unseren Mitgliedern spricht, bemerkt – das ist wahr – gelegentlich auch Spuren von Resignation, aber vor allem eine Grundstimmung, die sagt: Wir überlassen den anderen nicht das Feld, wir wollen gewinnen.

Zweitens: Unsere Politik setzt auf Zukunft. Wir sagen in unserem Zukunftsprogramm nüchtern und ehrlich, was wir tun müssen und was wir erreichen wollen. Wir machen es uns nicht leicht. Wir machen keine wolkigen und schon gar keine falschen Versprechungen. Die Programm-Kommission, in der viele mitgewirkt haben, hat exzellente Arbeit geleistet.

Der Parteivorstand hat dem Parteitag dieses Programm einstimmig zur Annahme empfohlen. Wir werden morgen darüber abstimmen. Auch hier will ich allen Mitgliedern der Programmkommission und erneut Wolfgang Schäuble, der den Vorsitz hat, sehr herzlich für die Arbeit danken.

Drittens: Wir haben viele Erfolge vorzuweisen. Wenn ich das sage, weiß ich auch – das ist im privaten wie im öffentlichen Leben so -, daß Leistungen von gestern keinen Anspruch darauf bedeuten, gewählt zu werden. Aber wir haben trotz-

dem in der Vergangenheit, auf dem Weg hierher bewiesen, daß wir Zukunft gestalten können. Darum geht es: um die Gestaltung der Zukunft. Ich finde, es gilt auch die alte Lebenserfahrung: Was jemand leisten kann, erkennt man auch daran, was er bisher geleistet hat.

Deshalb muß sich jede Partei – übrigens auch jeder Kandidat, das war schon immer so – nach seiner Bilanz fragen lassen. Diesen Fragen werden wir uns auch stellen. Wenn sie redlich und fair gestellt werden, gewinnen wir jeden Vergleich. Auch das ist wahr und deutlich zu sagen.

Viertens:

Es ist erkennbar, die Herausforderer haben in Wahrheit nichts vorzuweisen. Wer sind sie? Das ist Rot-Grün, das ist die SPD mit den Grünen und am Horizont, im Schlepptau, die PDS. Wir müssen den Wählern klarmachen, was diese Konstellation bedeutet: An der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert zunächst einmal Unsicherheit, Instabilität und in der Außen- und Sicherheitspolitik – das ist mit Händen zu greifen – ein Verlust an Vertrauen in der Welt, das wir mühsam gewonnen haben.

Wer die Entscheidungen der Sozialdemokraten mit dem Ziel des Zusammengehens mit der kommunistischen PDS in Magdeburg erlebt, wer sieht, was ich als Skandal ansehe und als Schande empfinde, wie SPD und PDS in Frankfurt an der Oder gemeinsame Sache gegen unsere Bundeswehr machen, der kann nur zu dem Schluß kommen: Das ist der Weg in eine linke Republik.

Es ist in Wahrheit – und das müssen die Menschen erkennen – nicht der Weg in eine „neue Mitte“, das ist der Weg zurück in die alte Linke – zugegeben aufgeputzt, mit viel Schminke, aber wenn die weg ist, kommen Schrö-

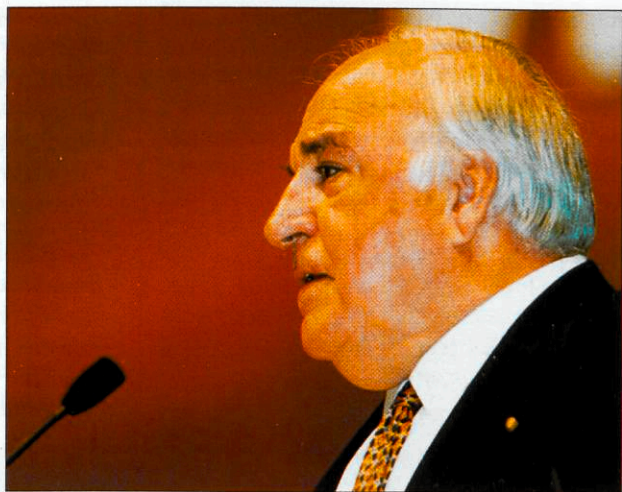
der und Lafontaine so zum Vorschein, wie sie wirklich sind.

Manche glauben, es mache keinen großen Unterschied, wer Deutschland regiert. Ich halte das für einen Irrtum. Es steht sehr viel mehr auf dem Spiel, als vielen bewußt ist. Es geht jetzt wirklich nicht um die beste Show – da sind die anderen hervorragend. Es geht um die ernste Sache der Zukunft. Wir müssen den Wählern deutlich machen, daß sie im September über zwei grundverschiedene politische Richtungen entscheiden. Das ist evident, man muß es nicht begründen. Nur mit uns, mit der Koalition von CDU, CSU und FDP, wird der Weg der notwendigen Veränderungen fortgesetzt werden können. Das ist ein anstrengender Weg, und wir dürfen nicht davor zurückschrecken, den Leuten zu sagen: Es ist anstrengend, es ist nicht billig zu haben. Aber wenn wir auf Zukunft setzen, müssen wir die dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland endlich erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. Deswegen heißt für mich der Weg von Rot-Grün Rückschritt. Er bedeutet Verlust von Zukunft. Deswegen müssen wir die Sozialdemokraten und ihren Spitzenkandidaten fragen: Wofür steht ihr? Wofür stehen Sie?

Einige Beispiele:

Die SPD hat im Bundesrat die Zustimmung zur Steuerreform verweigert, obwohl sie genau wußte, daß dies in dieser Phase des Aufschwungs mit den möglichen positiven Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein schwerer Schaden für unser Land ist. Die Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Hehl daraus gemacht, daß sie dies aus wahltaktischen Gründen getan haben. Sie wollten vor dieser Bundestagswahl Stillstand produzieren, um den Leuten zu sagen: Die bringen gar nichts fertig, wir könnten das viel besser.

Wenn Sie jetzt das Programm betrachten, sehen Sie, daß die SPD die Bürger und die Wirtschaft noch zusätzlich mit Steuern und Abgaben in Milliardenhöhe belasten will, wodurch Deutschland Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde. Das müssen wir wiederum unter die Leute bringen. Es geht bei dieser Kritik an der SPD nicht um irgendeinen Dienst an der Wirtschaft, wie manche in ihrer Torheit meinen. Wir sind überzeugte Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft, wir sind keine Anhänger von Marktwirtschaft pur.



Soziale Marktwirtschaft heißt, daß wir den Freiheitsraum für wirtschaftliches Tätigsein großzügig gestalten, mit eigener Verantwortung. Aber das Wort Verantwortung führt uns zur Sozialverpflichtung. Herr Bischof Bode, Sie haben es in Ihrer Predigt heute sehr gut formuliert; ich nehme dies gern auf. Das hat etwas mit Menschen zu tun, mit sozialer Verantwortung. Wir wollen keine kalte Gesellschaft. Wir wollen die Gesellschaft der Sozialen Marktwirtschaft, die auch innere Solidarität der Menschen miteinander ermöglicht, herausfordert und verlangt. Das ist unsere Position.

Wer jetzt wieder Neid als Mittel der Politik heranzieht, etwa im Blick auf geplante Steuerbelastungen, der muß wissen, daß er den Aufschwung zerstört und daß so Arbeitsplätze verlorengehen.

Ich nenne das Beispiel Sozialstaat. Die Sozialdemokraten sagen – obwohl sie genau wissen, daß diese Aussage völlig unhaltbar ist –, sie wollen die notwendigen Veränderungen, die wir durchgesetzt haben, rückgängig machen. Wir haben diese Veränderungen doch wahrlich nicht durch-

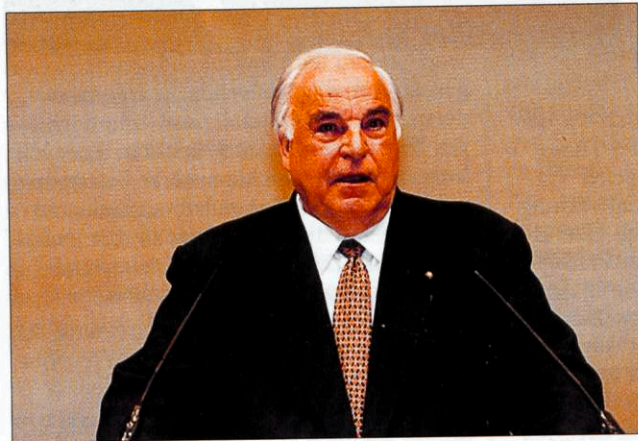
gesetzt, um die Menschen zu ärgern, sondern um unseren Sozialstaat – ein wichtiges Ergebnis und eine glückliche Entwicklung in der Geschichte unserer Bundesrepublik – auch in Zukunft finanzierbar zu erhalten, um die Rente finanzierbar zu halten, um die Zukunft junger Leute zu sichern. Darum muß es doch gehen.

Wie will eigentlich ein Sozialdemokrat den Jungen die Frage beantworten: „Wie wollt ihr unsere Rente im Jahre 2030 sichern?“ Die einen bei der SPD sagen, die Rentenreform sei doch gar nicht notwendig gewesen. Ein Mitglied des Schattenkabinetts hat nun erklärt, es müsse eine steuerfinanzierte Grundsicherung geben. Was gilt nun eigentlich? Wir wollen den Sozialstaat erhalten. Aber er muß bezahlbar sein. Das ist doch die entscheidende Frage. Das ist auch allen anderen in der Welt klar.

Ich nenne das Beispiel der inneren Sicherheit, wo es in den kommenden Jahren um wichtige Entscheidungen geht. Da haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit manchen ihrer linken fellow travellers die Entwicklung gebremst und blockiert. Wir haben gerade ein positives Gegenbeispiel aus Bremen gehört, was man gemeinsam auf diesem Weg erreichen kann.

Ich komme vom Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham. Dort war neben dem Aktuellen die zentrale Frage schlechthin: Was können wir als große Industrienationen der Welt angesichts einer dramatischen Verschärfung der Herausforderungen durch internationale Kriminalität, durch Drogen, durch Geldwäsche, durch Waffenhandel, durch Menschenhandel in den denkbar schlimmsten Formen tun? Die Welt hat sich auch auf diesem Gebiet verändert. Deswegen ist dies ein Thema von äußerster Wichtigkeit.

Wo immer die Sozialdemokraten regieren, haben sie oft genug die Polizei alleine-



lassen. Sie haben Sicherheitsgesetze verwässert, die Drogengefahr verharmlost. Wie will eigentlich Herr Schröder, der viele Jahre Ministerpräsident hier in der Nachbarschaft, in Niedersachsen, war, etwas zur inneren Sicherheit sagen? Die Chaos-Tage von Hannover sind sozusagen ein Symbol geworden.

Ich sage: In keiner anderen großen Stadt Europas wäre Vergleichbares möglich gewesen.

Ich spreche vom Beispiel der neuen Länder. Ich zitiere dabei eine Quelle, die ganz unverdächtig ist – es lohnt sich zuzuhören –:

Beim wirtschaftlichen Aufbau haben die Ostdeutschen bereits beachtliche Erfolge erzielt: Beim Städtebau, bei der Wohnungsversorgung, beim Ausbau der Infrastruktur, beim Neuaufbau des Bildungswesens und der Hochschulen. In Ostdeutschland

– Sie hören richtig –

arbeitet die modernste und produktivste Autofabrik Europas. Hier werden hochmoderne Flugzeugtriebwerke entwickelt und gebaut.

Es werden Spitzenprodukte der Elektronik, der Optik und des Waggonbaus hergestellt. In der Chemie sind hochmoderne Arbeitsplätze entstanden. An der Küste entsteht eine international wettbewerbsfähige Schiffbauindustrie.

Das ist alles richtig. Das Zitat stimmt auch. Es steht im Leipziger Wahlprogramm der SPD vom 17. April dieses Jahres.

Im Wahlprogramm sagen sie das. Aber sie hören da auf. Der ehrliche Absatz fehlt, nämlich der Hinweis, wer das alles mit auf den Weg gebracht hat. Es war natürlich vor allem der Fleiß unserer Landsleute in den neuen Ländern, die eine ungeheure Bereitschaft zeigten, persönliche Veränderungen in ihrem Leben hinzunehmen, die für die meisten Westdeutschen völlig undenkbar gewesen wären, und die soziale Einbußen hinnehmen mußten, die, wenn Sie sich an die Diskussion um die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen vor ein paar Jahren erinnern, in Westdeutschland völlig undenkbar gewesen wären. Sie haben all das gemacht, um auf den richtigen

Weg zu kommen. Dazu gehört aber auch die richtige Politik. Das war unsere Politik.

Es ist schon eine ziemlich schamlose Sache, daß man im Wahlkampf, wie wir das jetzt gerade wieder in Sachsen-Anhalt erlebt haben, von denen, die die Sachen auf den Weg gebracht haben und auch vor Ort Hilfen gegeben haben, nicht redet. Herr Höppner hat für das Chemiedreieck fast nichts getan. Wenn Sie aber im Wahlkampf dort waren, konnten Sie meinen, er habe Haus für Haus selbst aufgebaut. Das ist sozialdemokratische Propaganda, die fernab aller Wirklichkeit ist.

Herr Schröder – ich finde es ja gut, daß er zur Einsicht kommt – will nun den Aufbau Ost zur „Chefsache“ machen. Er hat ihn aber acht Jahre als Nebensache behandelt. Ich denke, diese Ankündigung, daß er ihn zur „Chefsache“ machen will, können die Menschen in den neuen Ländern eigentlich nur als Drohung verstehen.

Denn wir haben doch wenigstens noch ein Kurzzeitgedächtnis. Wir haben noch die zynischen Bemerkungen im Ohr. Nun bin ich da nicht pingelig. Jeder von uns – ich auch – macht mal da oder dort eine Bemerkung, bei der er sich hinterher sagt: Hätte ich besser den Mund gehalten. Sie wissen aber, daß solche Bemerkungen trotzdem ziemlich verräterisch sind. Daß er damals sagte – es ist nicht lange her: „Wir können die“ – gemeint waren die neuen Länder – „ja schließlich nicht an Polen abtreten“, zeigt gegenüber unseren Landsleuten in den neuen Ländern ein Maß an innerer Distanz und Kälte, das exemplarisch darstellt, was er denkt.

Liebe Freunde, wer so redet, wem ganz offensichtlich die innere Einheit des Landes so wenig am Herzen liegt, der kann nicht Kanzler des wiedervereinten Deutschlands werden.



Ich finde, wer sich um dieses Amt bewirbt und sich in die Reihe aller meiner Amtsvorgänger stellen will – ich sage das bewußt so und nicht auf eine Partei bezogen –, der muß sich fragen lassen und Antwort darauf geben, wie er es mit den Schicksalsfragen unserer Nation gehalten hat, und zwar nicht mit denen aus grauer Vorzeit, sondern mit denen der letzten Jahre. Ich denke zum Beispiel an den NATO-Doppelbeschluß Anfang der 80er Jahre. Ich habe jetzt im Fernsehen gesehen, wie Helmut Schmidt auf Herrn Schröder zugegangen ist und ihm die höheren Weihen verliehen hat. Ich kann das verstehen.

Daß Helmut Schmidt in seinem Alter noch Parteisoldat geworden ist, gefällt mir ganz gut. Nur wer war denn das, der gegen den NATO-Doppelbeschluß kämpfte und über die Straßen und Plätze zog? Wer war das? Herr Schröder, Herr Lafontaine und viele andere.

Wir haben noch in Erinnerung, wie die Kriegsgefahr beschworen wurde und was alles dazu gesagt wurde. Dabei haben wir doch in Wirklichkeit den Frieden gesichert. Als ich damals im Bundestag sagte, wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen, bin ich von manchen ausgelacht worden. Aber jetzt, im Mai des Jahres 1998, können wir als Deutsche und übrigen auch als Europäer sagen: Es gab in diesem Jahrhundert auf unserem Kontinent noch nie so wenig Waffen, wie das heute der Fall ist. Das ist das Ergebnis unserer Friedenspolitik.

Ich habe nicht vergessen, was Michail Gorbatschow mir einmal im Blick zurück auf diese Tage gesagt hat: Im Kreml erwartete man damals bei den Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluß, daß die Deutschen umfallen würden, daß es zur Erosion der NATO und damit im übrigen auch zur Erosion der Europäischen Gemeinschaft kommen würde. Er sagte auch, daß gerade die Standfestigkeit der Deutschen bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ganz wesentlich zu einem Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik beigetragen hat – und dazu, daß die Bereitschaft geweckt wurde, mit der anderen Weltmacht zu einem Einvernehmen zu kommen. Das ist ein Verdienst, auf das wir in der Union stolz sein dürfen. Wir sollten das auch deutlich sagen.

Neben dem NATO-Doppelbeschluß meine ich als weitere Beispiele die historische Stunde 1989/90 – die Wiedervereinigung Deutschlands – und die Einführung des Euro heute. Drei fundamentale Weichenstellungen, die Deutschland und Europa, einen Teil der Welt, verändert haben.

Wir sprachen gerade von unserer Erinnerung. Vor neun Jahren, auf dem Parteitag in Bremen, als Tausende DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft Zuflucht suchten

und der Übergang in Ungarn offen war, sagte Herr Schröder: Die Wiedervereinigungspolitik der Union sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“. Liebe Freunde, was war eigentlich reaktionär? Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen; das ist noch nicht lange her. Reaktionär in den Augen von Schröder und seinen Genossen war, daß wir die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft nicht aufgeben wollten. Das empfanden sie als reaktionär.

Es ist doch wahr, daß gerade die Entscheidung der Regierung Németh/Horn in jenen Septembertagen in Budapest, von der wir vorhin sprachen, völkerrechtlich genau auf diesem Punkt aufgebaut hat. Es gibt nur Deutsche, so sagte Németh. Es gibt keine DDR-Deutschen und keine BRD-Deutschen. Es gibt nur Deutsche, und Deutsche können nach Hause fahren. Das war doch die Parole.

In der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat im Wege der Entwicklung zur deutschen Einheit stimmten Schröder und Lafontaine als einzige gegen den Vertrag über die innerdeutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Das heißt doch – das muß man, auch noch nach acht Jahren, den Menschen in den neuen Ländern sagen -: Wenn es nach denen gegangen wäre, wäre die deutsche Einheit gar nicht gekommen.

Das ist jetzt beim Euro nicht anders. Dazu hat Herr Schröder ein entschlossenes „Jein“ gesagt. Wie will jemand, der von Europa und deutschen Interessen offenkundig so wenig versteht – vielleicht ist das Wort falsch; verstehen kann er es natürlich: aus taktischen Gründen so wenig verstehen will –, in dieser ganz entscheidenden Übergangszeit der Europäischen Union die Verhandlungen führen?

Denn ob es uns paßt oder nicht – das hängt von uns überhaupt nicht ab, das ist auch keine Manipulation, sondern ergibt sich aus dem Kalender: Vom 1. Januar des kommenden Jahres bis zum 30. Juni haben wir Deutschen die EU-Präsidentschaft inne. In diesen sechs Monaten geht es in EU-Europa um entscheidende Fragen. Es geht um die zukünftige innere Struktur der Europäischen Union. Wollen wir eine zentralistische Union – wir wollen eben keinen Zentralstaat –, oder wollen wir eine vernünftige föderale Organisation? Wie werden wir die Finanzbeiträge gestalten? Wie werden wir die Erweiterung gestalten? Denken Sie an die Ungarn, von denen ich gerade sprach. Ich sage an die einzelnen Länder des Westens wie des Ostens: Wie kann in Zukunft die regionale Strukturpolitik, die zu den Glücksfällen der Geschichte der Bundesrepublik der letzten 40 Jahre gehört, so gestaltet werden, daß das letzte Wort bei uns fällt? Ich nenne des weiteren die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Das sind alles elementare Themen, die im ersten Halbjahr des nächsten Jahres zur Entscheidung anstehen werden.

Wer den Wahlkampf der SPD, wer ihre Programmatik sieht, erkennt: Das ist ein Täuschungsmanöver. Sie reden von Innovationen, aber wollen unsere Innovationen, die Reformen, rückgängig machen. Sie reden von „neuer Mitte“ und stellen sich an die Seite der Kommunisten – und dies nicht nur in Magdeburg: Sie sind schon dabei, dasselbe für die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen zu planen.

Wenn Herr Schröder sagt, jetzt sei nicht mehr die Kandidatenfrage offen, wohl aber die Koalitionsfrage, dann ist das doch nicht wahr. Er hat es einmal ganz offen und ehrlich gesagt: Auch mit nur einer Stimme Mehrheit im Deutschen Bundestag würde er eine rot-grüne Regierung bilden. Ich

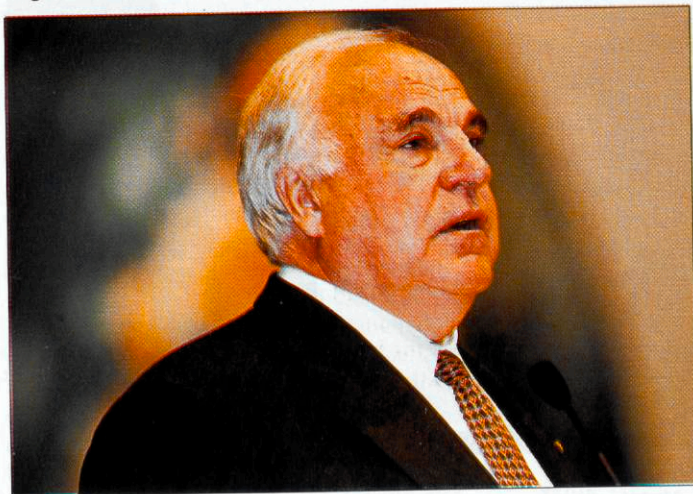


bin sicher, daß er jede Stimme nehmen würde, auch solche von außerhalb des rot-grünen Bündnisses, von der PDS.

Deswegen war die Erfahrung, die wir jetzt in Magdeburg gemacht haben, von großer Wichtigkeit. Ich will ausdrücklich unseren Freunden dort danken, die eine ziemlich schwierige Position hatten und haben. Sie fühlen sich – genauso wie die Sozialdemokraten und andere – der Wohlfahrt ihrer Heimat verpflichtet. Unsere Freunde in Sachsen-Anhalt wissen, was getan werden müßte. Sie wissen vor allem, daß durch die Landespolitik der letzten Jahre Sachsen-Anhalt sozusagen zum Schlußlicht der neuen Länder geworden ist. Deswegen ist das, was dort jetzt von der SPD aufgeführt

wird, ein rundherum erbärmliches Schauspiel.

Liebe Freunde, lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Wahlausgang dort ein Wort zu den radikalen Gruppierungen sagen. Für uns ist das völlig klar: Nach unserem Verständnis ist es eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien, die Wähler von radikalen Gruppierungen für demokratische Positionen zurückzugewinnen. Aber das geht nur, wenn



man den Radikalen den Kampf ansagt – Kampf gegen jede Form des politischen Radikalismus. Die Sozialdemokraten verweigern sich dieser Verantwortung. Denn man kann nicht glaubwürdig gegen Rechtsradikale kämpfen, wenn man die Linksradikalen sozusagen mit ins Geschäft zieht.

Wir, die CDU Deutschlands, haben eine klare Position. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit Radikalen ab, ob von rechts oder von links. Im Kampf gegen den politischen Extremismus darf man auf keinem Auge blind sein. So einfach kann man das formulieren.

Was mich ebenso bestürzt wie nachdenklich stimmt, ist, daß wir zwei Jahre vor dem Ende dieses Jahrhunderts, in dem wir die Lektionen der Geschichte doch brutal erfahren haben, überhaupt über diese Frage diskutieren müssen.

Die Radikalen von rechts und links haben in diesem Jahrhundert nur Unglück über unser Volk gebracht, und sie dürfen in Deutschland nie wieder politischen Einfluß bekommen.

Unsere Politik, unser Zukunftsprogramm geben klare und ehrliche Antworten. Wir, die Union, die CDU/CSU, stehen für eine Politik, die das Bewährte bewahrt – mir ist wichtig, das deutlich zu sagen: das Bewährte bewahrt – aber gleichzeitig dort Veränderungen durchsetzt, wo

dies um unserer Zukunft willen dringend geboten ist. Wenn Sie so wollen, ist das – im besten Sinne des Wortes – wertkonservative Grundsatztreue, verbunden mit der Kraft der Erneuerung. Das ist unsere Politik.

Arbeit für alle ist unser allererstes innenpolitisches Ziel. Frieden und Freiheit ist und bleibt unser wichtigstes außenpolitisches Ziel. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir Veränderungen im Inneren und Verlässlichkeit gegenüber unseren Freunden und Partnern draußen in der Welt. Ich weiß – ich sage dies auch in Kenntnis dessen, was wir in diesen Wochen und Monaten im Wahlkampf erfah-

ren –, daß eine solche Politik oft nicht populär ist. Aber sie ist zwingend notwendig. Wir müssen sie vertreten, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit erhalten wollen.

Diese Politik trägt im übrigen auch Früchte – wir haben über diese Daten gerade in Birmingham gesprochen –: Wir werden in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 2,5 bis 3 Prozent haben. Damit stehen wir im internationalen Vergleich sehr gut da. Auch die Berichte auf dem Weltwirtschaftsgipfel haben das sehr deutlich gemacht. Wir haben gute Chancen, für 1999 mit einer noch stärkeren wirtschaftlichen Dynamik rechnen zu können.

Im übrigen rechnen damit ja nicht nur wir, sondern auch die Sozialdemokraten. Denn mit einem Teil ihrer Propaganda, ihrer Anzeigen will die SPD – es ist fantastisch, aber es ist so – den Menschen weiszumachen versuchen, der Aufschwung entspringe schon der Vorfreude auf eine künftige sozialdemokratische Bundesregierung.

Also: Den Aufschwung bestreiten sie jetzt schon mal nicht mehr. Da sind wir schon einen Schritt weiter. Daß die Vorfreude auf uns so groß ist, daß dies der Wirtschaft zugute kommt, haben wir an keinem Tag vergangener Wahlkämpfe bisher zu denken gewagt – geschweige denn gesagt. Die Dreistigkeit der SPD ist wirklich nicht mehr zu überbieten.

Natürlich haben viele Faktoren dazu beigetragen. In der Politik wäre es töricht, immer alles nur für sich selbst in Anspruch nehmen zu wollen. Die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der boomende Export haben uns natürlich geholfen. Aber das ist auch das Ergebnis einer Politik, soweit sie mit unseren Mehrheiten durchsetzbar war. Das, was wir mit unseren Mehrheiten durchsetzen konnten, haben wir durchgesetzt – aber gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten.

Wenn Sie die öffentliche Diskussion aufmerksam beobachten, dann werden Sie feststellen – das muß uns wachsam machen, liebe Freunde –, daß riesige Erfolge total verschwiegen werden. Daran sind wir nicht ganz unschuldig; wir lassen das viel zu oft zu.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Der Preisanstieg beträgt jetzt in Deutschland wenig mehr als 1 Prozent. Das ist schlicht Preisstabilität. Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik, die es überhaupt gibt.

Millionen Rentner, Millionen Leute mit kleinen Einkommen, die nicht ihr Geld ins Ausland schaffen und all diese krummen Dinge nicht machen können, sondern die redlich und anständig ihr Leben führen, können sich auf die Kaufkraft ihres Einkommens verlassen.

Ich will dieses Beispiel weiter ausführen. Ein Prozent mehr Inflation bedeutet einen Verlust an Kaufkraft von 18 Milliarden DM im Jahr. Wer also über Binnenkonjunktur redet, sollte diese Zahlen bitte immer auch nennen.

Wir haben die niedrigsten Zinsen seit Bestehen der Bundesrepublik – Sie haben richtig gehört.

Auch für diesen Bereich möchte ich ein Beispiel nennen, das von großem Interesse ist. Wer heute ein Eigenheim baut, bekommt Baugeld für zehn Jahre zu Zinsen von unter 6 Prozent. Zu Beginn meiner Amtszeit, nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte von Helmut Schmidt, waren es noch 11 Prozent. Das heißt ganz konkret gerechnet: Ein Baudarlehen über 250 000 DM kostete damals fast 2300 DM im Monat. Heute sind es 1250 DM. Das ist die Wahrheit über die Realität in der Bundesrepublik Deutschland.

Sagen wir das draußen an den Ständen und überall dort, wo wir mit den Leuten reden!

Natürlich ist die hohe Arbeitslosigkeit bedrückend. Ich verstecke mich hier gar nicht hinter Zahlen. Für mich ist natürlich auch die Jugendarbeitslosigkeit viel zu hoch, obwohl ich sagen muß, daß sie bei uns mit die niedrigste in der gesamten Europäischen Union ist. Jeder, der keinen Job findet, verdient unsere Aufmerksamkeit. Denn Arbeitslosigkeit ist für uns nicht einfach eine statistische Zahl; wir wollen vielmehr die Menschen sehen. Ich habe etwas dagegen, positive Zahlen im Fernsehen als einen Sieg abzufeiern. Andererseits muß ich auch sagen: Wenn an einem Mittwoch oder Donnerstag der Präsident der Bundesanstalt in Nürnberg die Arbeitsmarktzahlen bekannt gibt und wenn am Freitag vorher eine gestylte Dame vom DGB im Fernsehen auftritt, um Unglück zu verkünden, dann ist das für mich keine Bekundung von Solidarität.

Wir wissen: Es geht um das Schicksal von Menschen. Für die allermeisten von ihnen bedeutet der Arbeitsplatz weit mehr als Lohn und Brot. Einen Arbeitsplatz zu haben, gibt ihnen auch die Erfahrung, daß sie gebraucht werden. Das ist gut für ihr Selbstwertgefühl. Das soziale Umfeld, das sie haben, vermittelt ihnen Halt. Wenn Sie den konkreten Einzelfall betrachten und sich einmal überlegen, was es heißt, wenn einer Fünfzigjährigen oder einem Fünfzigjährigen gesagt wird: „Du bist zu alt“ – und das in einem Augenblick, wo die Lebenserwartung des Mannes auf 76 Jahre und die der Frau auf 78 Jahre gestiegen ist –, dann werden Sie einsehen, daß es in unserem Denken Elemente gibt, die man nur als bescheuert bezeichnen kann, um das klar und deutlich auszudrücken.

Deshalb müssen wir alles tun und gemeinsam große Anstrengungen unternehmen. Wir brauchen keine Grabenkriege und kei-

nen Sozialneid; das funktioniert nur im vernünftigen Miteinander.

Es gibt eine Erfahrung, die bitter, aber gleichzeitig auch wahr ist; Sie und ich – wir – haben sie machen müssen. Wir haben in langen Jahren aus der Erhard-Zeit gelernt: Entwickelt sich die Wirtschaft nach oben, kommen die Arbeitsplätze. Daß sich der Arbeitsmarkt unter den globalen Bedingungen vor allem großer, weltweit operierender Konzerne verändert, ist eine Realität; sie ist hinzunehmen. Damit möchte ich nicht sagen, daß seiner unternehmerischen Pflicht nachkommt, wer ausschließlich auf den Aktienkurs schaut – und überhaupt nicht mehr auf seine Mitarbeiter achtet.

Die Schere zwischen Wachstum und Arbeitsplätzen geht nicht mehr automatisch zusammen. Wir haben auf der einen Seite eine boomende Wirtschaft und jetzt auch eine zunehmende Verbesserung der Binnenkonjunktur und auf der anderen Seite die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Es ist auch wahr: Inzwischen hat der Aufschwung auch im Bereich des Arbeitsmarkts begonnen; die Trendwende ist da. Das gilt vor allem für die alten Bundesländer. Die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland ist stark zurückgegangen – wie noch niemals zuvor in einem April seit der Wiedervereinigung. Darauf haben wir lange mit Beharrlichkeit hingearbeitet. In diesem Jahr werden neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es werden übrigens mehr sein, als diejenigen zugeben, die das immer herunterreden wollen. Mancher – auch aus den Verbänden –, der konkrete Zahlen genannt hat und dafür beschimpft wurde, wird erleben, daß er recht bekommt. Ich meine in diesem Fall die Wirtschaftsverbände.

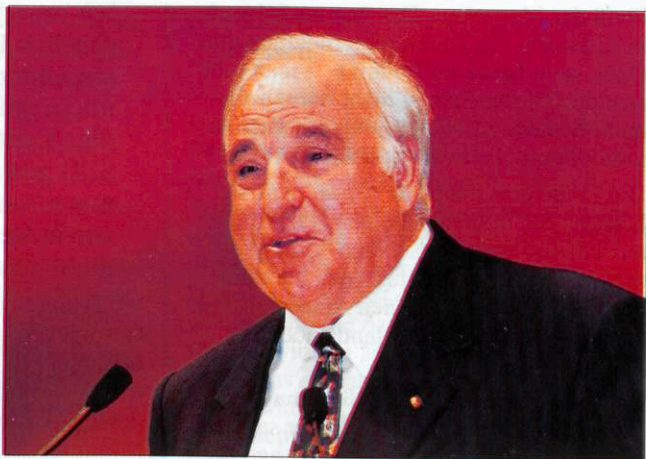
Wichtige Branchen stellen neue Leute ein.

im Maschinenbau, in der Elektroindustrie und im Automobilbau. Es gibt auch andere Tendenzen; auch das ist wahr. Das zeigt doch, daß im System eine Menge nicht in Ordnung ist. Ich sage das nicht anklagend. Wir alle, Gewerkschaften, Politik, Wirtschaft, sind an diesem System beteiligt. Wenn der eine oder andere aus der Wirtschaft ab und an über Lohnnebenkosten redet, dann sollte er, denke ich, doch wenigstens sagen: Für über 50 Prozent der Lohnnebenkosten bin ich mitverantwortlich durch meine Unterschrift unter den entsprechenden Tarifvertrag. Auch das gehört doch zur Ehrlichkeit.

Wahr ist, daß ich jeden Tag Briefe, häufig wilde Briefe bekomme. Wo ich gehe und stehe werde ich angesprochen: „Was willst du eigentlich? Ich suche dringend Leute und bekomme keine.“ – Ich rede jetzt nicht von denen, die zum Spargelstechen geholt werden. Erstens ist die Spargelzeit in ein paar Tagen vorbei, und zweitens sind wir auch kein Volk von Spargelesern, wobei ich hinzufügen möchte, daß ich das jedem gönne. Aber in diesem Bereich liegt nun wahrlich nicht die Zukunft. Es kommt darauf an, daß die neuen Arbeitsplätze, die wir schaffen, dann auch angenommen werden.

Wir haben in den neuen Bundesländern den stärksten monatlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit – und zwar nicht zuletzt auch deswegen, weil unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente besser eingesetzt wurden.

Dieser Aufschwung ist kein Selbstläufer. Er geht kaputt, wenn die Sozialdemokraten das Rad



der Geschichte zurückdrehen, und deswegen dürfen sie nicht drankommen.

Was wir jetzt brauchen, ist eine verlässliche Politik – vor allem im Bereich der Steuern. Die große Steuerreform – darüber muß sich jeder im klaren sein, wo immer er auch politisch stehen mag – ist neben vernünftigen Tarifabschlüssen – beides gehört zusammen – der wichtigste Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen. Das heißt ganz klar: Die Steuerpolitik muß berechenbar sein.

Ich habe es in diesen Tagen beim Besuch von Bill Clinton auch im Gespräch mit amerikanischen Unternehmern wieder erfahren: Der Standort Bundesrepublik Deutschland genießt heute in Amerika höchstes Ansehen. Gott sei Dank haben die dummen Redereien von hier viele Amerikaner gar nicht erreicht. Diese Redereien haben nachgelassen, und auch das Anführen von Beispielen aus Japan ist merklich zurückgegangen. Die Investoren, die zu uns und zu mir kommen, singen ein großes Loblied – vor allem auch auf die Lage in den neuen Ländern und auf den

Fleiß der Menschen. Das Automobilwerk in Eisenach, ein Tochterunternehmen von Opel, steht heute im Ranking – man muß sich das klarmachen – nicht nur des General-Motors-Konzerns, sondern aller Automobilbetriebe in Europa auf Platz 1.

Die Leute dort haben bewiesen, was sie können. Sie brauchen keinen Nachhilfeunterricht aus Westdeutschland – von niemandem. Sie können das. Man baut dort übrigens seit Generationen Autos –, schon als anderswo in Deutschlands noch gar keine hergestellt wurden.

Aber wahr ist ebenfalls, daß Manager großer amerikanischer Fonds mir sagen: Wie ist es mit den Steuern? Die Lage im Bereich der Steuern ist bei uns eben miserabel. Der Kollege Wim Kok, der Regierungschef eines Nachbarlandes – immerhin lange Jahre Gewerkschaftsvorsitzender und Vorsitzender der niederländischen Sozialisten –, hat das niederländische Steuersystem so reformiert, daß uns die Augen in der Debatte übergehen.

Da kommen die österreichischen Sozialisten und bieten württembergischen Betrieben, die bereit sind, umzusiedeln, in Vorarlberg Bedingungen an, daß wir nur stauen können. Wir können uns auch darüber ärgern, meine Damen und Herren. Wir haben aber vor allem Grund, uns darüber zu ärgern, daß wir wegen der SPD-Blockade nicht die notwendigen Entscheidungen treffen konnten. Wenn man sich die Situation in Halle oder im Chemiesiedereck – das mir aus vielen Gründen besonders am Herzen liegt – oder die Situation in der Werftindustrie oder in anderen Bereichen vor Augen führt und zugleich weiß, daß in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt achtmal soviel an Investitionen nach Großbritannien wie nach Deutschland geflossen sind, muß man sich doch fragen: Warum tun die Unternehmen dies? Sie tun es, weil wir nicht die Voraussetzungen schaffen, die vernünftig sind. Deswegen muß die Steuerreform kommen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Das eigentlich Bedrückende in den letzten anderthalb Jahren ist für mich, daß kluge Leute, sachkundige Leute aus den Reihen der SPD gewissermaßen nur Zentimeter von uns entfernt waren und wir in Verhandlungen trotzdem nicht zu einem Ergebnis kamen.

Wolfgang Schäuble könnte vieles aus den Gesprächen im Rahmen kleiner Runden berichten. Er könnte etwa an den nordrhein-westfälischen Finanzminister und an dessen Vorstellungen erinnern. Mit einem Minimum an gutem Willen wäre es doch möglich gewesen, die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Natürlich weiß auch ich, daß das Beste, was es gibt, das „Petersberger Modell“ ist, das unsere Freude entwickelt haben. Wir sind doch aber nicht so dumm, daß wir nicht wüßten, daß wir dieses Modell bei unterschiedlichen Mehrheiten in den beiden Kammern – Bundestag und Bundesrat – nicht lupenrein umsetzen können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Sinn des Vermittlungsausschusses. Der Sinn des Vermittlungsausschusses ist es doch nicht, daß man zusammenhockt und sich anödet. Von der Verfassung her ist der Sinn des Vermittlungsausschusses, daß man aufeinander zugeht und etwas Vernünftiges zuwege bringt. Ich selbst war während meiner Tätigkeit auf Länderebene über Jahre hinweg Vorsitzender im Vermittlungsausschuß. Wir haben dort immer Streit gehabt. Das gehört einfach dazu. Diskussionen und Gegnerschaften in der Sache sind durchaus normal. Wir haben uns dann aber immer wieder zusammengerauft.

Was wir jetzt erleben, ist hingegen eine Blockade, die nichts mit der normalen Auseinandersetzung zu tun hat. Man will vielmehr das Land sozusagen auf

Null bringen, um bei der Wahl sagen zu können: Die Bundesregierung hat versagt. – Das ist doch die Wahrheit.

Nun wird manchmal das Argument angeführt: Wenn ihr die Wahl gewinnt, wird die Blockade trotzdem weitergeführt. – Das könnte versucht werden. Die Geschichte der Bundesrepublik spricht allerdings eine andere Sprache. Jetzt – vor der Bundestagswahl – mag die SPD ihre Vertreter in den Ländern noch einmal zusammenbringen, aber danach kommt zum Beispiel die Landtagswahl in Hessen. Schauen Sie sich doch einmal die Landeskassen an. Es ist doch nicht so, daß die

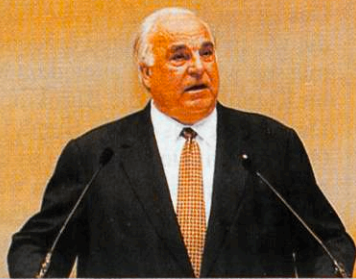
was wir den Menschen sagen müssen.

Wir sind auch – selbst wenn es gelegentlich anders dargestellt wird – keine Steuerfanatiker oder Steuerfetischisten. Die Steuerpolitik ist eine tragende Säule der Wirtschaftspolitik. Sie können nicht über wirtschaftliche Zukunft reden, wenn Sie nicht über die Frage der Steuern reden. Damit sind wir bei dem zentralen Punkt, wenn es um die Arbeitsplätze geht: Wie stärken wir den Mittelstand in Deutschland? Das ist das A und O der zukünftigen Entwicklung. Die vielen kleinen und mittleren Betriebe, das Handwerk, die freien Berufe, die selbständigen Gewerbetreibenden und Dienstleister sind es doch, die die Arbeitsplätze schaffen.

Sie können doch nicht erwarten, daß die Arbeitsplätze vor allem im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Es mag im Bereich des öffentlichen Dienstes allerdings einige Ausnahmen geben. Ich erwähne den Bereich der Schulen, wo eine Verbesserung wünschenswert wäre. Ebenso erwähne ich den Bereich der Bekämpfung der Kriminalität – die Polizei und Sicherheitsorgane.

In diesen Bereichen werden wir mehr tun müssen. Es kann doch aber niemand glauben, daß wir im öffentlichen Dienst eine große Zahl neuer Arbeitsplätze brauchen. Das genaue Gegenteil ist richtig. Der schlanke Staat ist eigentlich das, was wir jetzt brauchen.

Man kann die großen Konzerne leicht anklagen, aber wenn große Konzerne wie etwa die der chemischen Industrie in Indien, in China und anderswo nicht investieren



CDU

Länder im Geld schwimmen. Von Herrn Lafontaine will ich in diesem Zusammenhang schon gar nicht sprechen. Alle brauchen doch dringend Geld für die Entscheidungen, die für die Zukunft wichtig sind. Ich habe also keine Angst im Hinblick auf eine Blockade am Tage danach.

Die Wähler müssen wissen: Die Steuerreform ist eine zwingende Voraussetzung, um in einer vernünftigen Weise in das neue Jahrhundert zu kommen. Dies ist es,

und Produktionen schaffen, werden sie vor Ort nicht konkurrenzfähig sein. Sie müssen dort investieren; das trägt auch dazu bei, die Mutterbetriebe in Deutschland zu halten.

Wir brauchen neue Arbeitsplätze. Wir brauchen eine neue Innovationswelle in kleinen und mittelständischen Betrieben. Das ist Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen.

In keinem anderen Bereich unserer Gesellschaft spielen Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Erfindungsgeist eine solche Rolle wie im Mittelstand. Übrigens ist – auch das ist wichtig – die Bindung des Eigentümers an Betrieb und Heimatregion nirgendwo so eng wie im Mittelstand. Ich habe das immer wieder gespürt, wenn wir den Mittelständlern, vor allen Dingen den Handwerkern, gesagt haben: „Es kommen soundso viel junge Männer und Frauen von der Schule, die eine Ausbildung wollen. Wir müssen es schaffen, auch in diesem Jahr wieder eine ausreichende Zahl von Lehrstellen bereitzustellen.“ – Angesichts dieser Situation ist der eine oder andere, beispielsweise im Handwerk, durchaus bereit, zu sagen: Meine Auftragslage und meine sonstigen Daten sind eigentlich gar nicht so günstig, aber ich kann doch das Mädchen und den Jungen nicht auf der Straße stehen lassen. Dann nehme ich in diesem Jahr eben vier statt zwei Auszubildende oder Lehrlinge in meinen Betrieb auf. – Das ist gelebter Patriotismus, wie wir ihn brauchen. Dieser ist im Mittelstand vorhanden. Dafür sind wir dankbar.

Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen 50 Jahren im Westen Deutschlands – zunächst im Westen und jetzt auch in den neuen Ländern – wäre ohne den

Beitrag des Mittelstandes überhaupt nicht denkbar.

Deshalb bleibt die CDU auch in Zukunft die Partei des Mittelstandes. Für mich gilt, was Ludwig Erhard in einer großen Rede zu diesem Thema in den 50er Jahren im Bundestag gesagt hat. Erhards Sprache war eine schöne Sprache. Er sagte – ich zitiere –:

Heute ist der Mittelständler nicht mehr ein Mann, der ein bequemes, sorgenfreies und gutes Leben führt, sondern er ist vor allem ein Mann des Betriebes, der die ganze Schwere der Verantwortung für seine Mitarbeiter trägt.

Das ist ein Beispiel für die Einstellung, die wir in Deutschland brauchen. Deshalb müssen wir gerade auch dem Mittelstand im Kampf gegen die Bürokratie helfen. Das gilt für uns alle in Bund, Ländern und Gemeinden. Deswegen ist es auch dringend notwendig, daß wir in wenigen Wochen auf dem EU-Gipfel in Cardiff, wo es um die Abgrenzung von Zuständigkeiten geht, im Sinne des Mittelstandes einer neuen Welle von Bürokratie von Seiten der europäischen Institutionen entgegenwirken. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt für die zukünftige Entwicklung.

Ein weiteres Thema ist für die Union besonders wichtig: Ich meine die Unterstützung von Existenzneugründungen. Im vergangenen Jahr haben 530 000 Existenzgründer den Schritt in die Selbständigkeit gewagt. Das ist die höchste Zahl seit der Wiedervereinigung. Es ist ganz einfach: Die Gründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Auf diese Männer und Frauen – Junge und Alte – müssen wir setzen. Auf ihre Ideen, auf ihren Mut, auf ihre Tatkraft müssen wir setzen. Wir müssen ihnen beim Zugang zu Wagniskapital und im Bereich von Forschung und Entwicklung helfen. Wir müssen ihnen aber vor al-

lem helfen, im Blick auf das Klima in unserer Gesellschaft.

Es ist doch häufig so, daß die jungen Menschen schon im Elternhaus hören: Selbständigkeit, das ist nichts für dich!, oder daß sie in der Schule hören: Selbständigkeit ist eine Dummheit. Rund 50 % der Studenten an den Universitäten – unser Kollege und Freund Jürgen Rüttgers hat als zuständiger Minister die Zahlen veröffentlicht – sagen, sie möchten später in den öffentlichen Dienst gehen und für den Staat arbeiten. In Amerika sind es nur 13 % der Studenten, die sich in diesem Sinne äußern. Jürgen Rüttgers hat recht, wenn er auf diesen Sachverhalt hinweist. Das muß doch zum Nachdenken anregen. Es kann doch nicht sein, daß der Wagemut einer ganzen Generation verloren gegangen ist – einer Generation, der das deutsche Wirtschaftswunder – dies war übrigens kein Wunder, sondern beruhte auf Schaffenskraft und auf Hilfe von außen – gelungen ist.

Wir stammen doch von der Gründergeneration ab, und die jungen Menschen, die stammen von uns ab. Wir müssen endlich begreifen, daß hier – beim Wagemut – der Schlüssel für eine gute Zukunft im nächsten Jahrhundert liegt.

Schauen Sie sich einmal das Programm der SPD in diesem Zusammenhang an. Sie wollen doch die für den Mittelstand wichtigsten Reformen zurücknehmen, beispielsweise alles, was die Einstellung neuer Arbeitnehmer erleichtert. Unser soziales System ist doch nicht zusammengebrochen, weil wir gerade im Blick auf den Mittelstand Einstellungserleichterungen eingeführt haben. Es hat doch etwas gebracht – Zehntausende neuer Arbeitsplätze. Es kann doch niemand behaupten, daß die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – das war am 1. Mai vor zwei Jahren noch

die „Katastrophe“ schlechthin – das Land ruiniert hat.

In einem Land, in dem wir nach den gesetzlichen Regelungen und nach den Tarifverträgen die längste Urlaubszeit in Europa haben und die meisten Feiertage dazu, darüber zu streiten, ob wir bei zunehmenden Problemen angesichts der Überalterung auch private Vorsorge im Bereich der Krankheitsvorsorge mit einbauen, das ist doch ziemlich absurd. Wir stehen zu dieser Reform. Der Mittelstand in Deutschland muß wissen, daß, wenn die Sozialdemokraten dies alles zurücknehmen – zum Beispiel auch im Bereich des Kündigungsschutzes –, wir um Jahre zurückgeworfen werden. Das darf nicht passieren, und deswegen dürfen sie nicht an die Macht kommen.

Wie wichtig mittelständische Initiative ist, zeigt sich in Zukunftsgebieten wie der Biotechnologie, im Bereich des Umweltschutzes und den großen Veränderungen im Bereich der modernen Medien. Der deutsche Standort ist wieder attraktiv geworden. Wir nehmen wieder Platz eins ein – ich sage das noch einmal: Platz eins – bei den Weltmarktpatenten. Das sind jene wichtigen Patente, die nicht nur im jeweils eigenen Land gelten, sondern ebenso in Ländern Asiens und Amerikas.

Vor ein paar Wochen – Sie konnten es alle miterleben, wenigstens am Fernseher – habe ich die CeBIT in Hannover eröffnet. Das ist die weltgrößte Messe für Informations- und Kommunikationstechnologien. Jeder, der auf dieser Erde Interesse an diesen Dingen hat, war dort. Jeder konnte sehen, daß die deutschen Unternehmen in dieser Schlüsselbranche für die Zukunft auf dem Weg zur Weltspitze sind. Die Tatsache, daß jeder auf der Welt, der etwas zu sagen und zu bieten hat, dort präsent sein will, zeigt doch, daß wir gute Partner sind. Übrigens haben wir das gleiche Bild ein paar Wochen später bei der Hannover-Messe gehabt. Ich hätte gerne dieses Zei-

chen aus Hannover überall in Deutschland verstanden gesehen.

In der Bio- und Gentechnologie herrscht Aufbruchstimmung. Lassen Sie uns das doch nicht verschweigen. Die Zahl der Biotechnologieunternehmen hat sich von 1995 bis 1997 vervierfacht. Wenn wir jetzt wieder mit den alten ideologischen Wirkungen anfangen, der Technikfeindlichkeit, dann gehen die Aufbruchstimmung und der Aufbruch verloren. Das darf nicht passieren. Das müssen die Menschen begreifen.

Und damit das klar ist: Das ist natürlich Politik

für die Zukunft. Wenn ich einmal die Arbeitsmarktzahlen der letzten vier Wochen ansehe und sie nach Bundesländern aufgliedere, dann ist es ja kein Zufall, daß die Bayern und die Baden-Württemberger inzwischen Zahlen erreicht haben, von denen andere Bundesländer nur träumen. Es war nicht selbstverständlich, daß sich das so entwickelt hat.

Da war auch gescheite Landespolitik dabei. Da hat man vernünftig investiert. Ich werfe dem einen oder anderen, der alte Strukturen verändern mußte, wahrlich nicht vor, daß die Entwicklung so ist, wie sie ist – wenn zum Beispiel wie hier nahezu ausschließlich auf Wertindustrie gebaut wurde. So etwas kann man nicht über

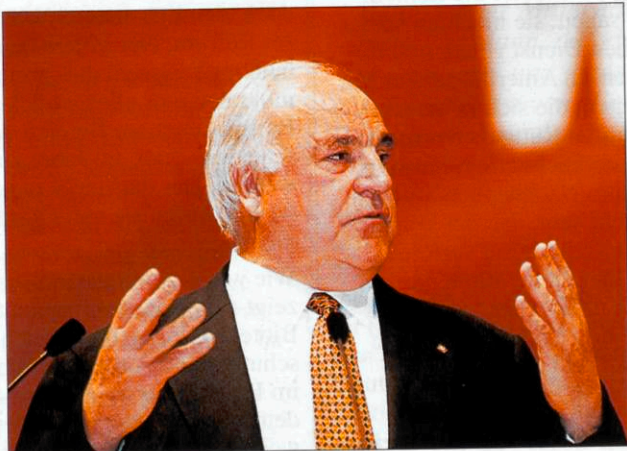
Nacht umstellen. Wenn Sie beispielsweise von der festen Säule Kohle und Stahl ausgehen, können Sie das auch nicht über Nacht umstellen. Aber man kann mehr tun. Und weil jetzt gerade die „Festspiele Düsseldorf“ eröffnet werden – „Zu neuen Ufern“ – sage ich zum Abgang des alten Monarchen: Auf diesem Feld hat er wahrlich nicht viel gebracht. Er ist gut in der

Bibel, aber nicht in der Umstrukturierung. Das muß ich ihm schon sagen.

Wenn es um Veränderungen geht, die zwingend sind, dann sind wir natürlich beim Thema des Umbaus des Sozialstaats. Mehr

Eigenverantwortung, das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern für jeden einzelnen. Mehr Eigenverantwortung des einzelnen, so schwer das begreifbar zu machen ist, ist die entscheidende Voraussetzung, wenn wir unseren Sozialstaat erhalten und ihn modernisieren wollen. Wer den Sozialstaat erhalten will, egal wo er politisch stehen mag, muß einfach wissen, daß dieser Sozialstaat an die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt werden muß.

Wer jetzt die notwendigen Veränderungen zurücknimmt oder ihnen aus den Weg geht, ruiniert den Sozialstaat. Er ruiniert damit die soziale Stabilität unseres Landes, und damit immer auch eine zentrale Voraussetzung für politische Stabilität.



Wir haben Enormes auf diesem Gebiet durchgesetzt. Ich erinnere an die Einführung der Pflegeversicherung. Ich guck' den Norbert Blüm an. Meine Damen und Herren, die Situation in Deutschland ist, wie sie ist. Es gibt eine Generation, die normalerweise als heiratsfähig bezeichnet wird. Es ist deren private Entscheidung, ob sie heiraten oder nicht, ob sie Kinder zeugen oder nicht. Das habe ich nicht zu kritisieren. Aber die Singles werden älter, das sage ich Ihnen voraus, und wer jetzt 30 ist, wird einmal 60 sein. Angesichts der Zahl der Menschen, die immer älter werden – über drei Millionen Menschen sind heute in Deutschland über 80 Jahre alt –, ist die Pflegeversicherung doch kein Luxus. Sie ist auch kein Anschlag auf die Soziale Marktwirtschaft, sondern ist eine vernünftige Reaktion auf eine Entwicklung in unserer Gesellschaft, die die Gesellschaft so gewollt hat. Das war nicht eine Entscheidung der Bundesregierung, das ist – wie gesagt – die private Entscheidung von Millionen einzelner Bürgerinnen und Bürger.

Die Folgen der Altersentwicklung für das Gesundheitssystem sind doch offenkundig. Denn wir wollen natürlich ärztliche Versorgung für alle – wir haben heute dazu in der Kirche ein Wort gehört – und dies nicht ans Lebensalter binden, wie das in anderen Ländern Europas nach dem Motto „Du bist zu alt“ geschieht. Das ist eine Vorstellung von Solidargesellschaft, die für uns als Christliche Demokraten völlig indiskutabel ist.

Wir haben die Rentenreform auf den Weg gebracht und die Reform der Arbeitsförderung. Auch das gehört zur Wirklichkeit des Landes: Wir haben für 16 Millionen Menschen in diesen neun Jahren den Sozialstaat in den neuen Ländern aufgebaut. Scheuen Sie sich nicht, das zu sagen,

obwohl es da im Westen viel Neid gibt, das weiß ich. Vor der Wiedervereinigung erhielt ein Rentner mit mehr als 40 Versicherungsjahren in der früheren DDR im Sommer 1990 zwischen 470 und 600 Ostmark, und heute beträgt seine Rente in den neuen Ländern knapp 1.700 DM.

Ich war vor ein paar Tagen – Sie haben es ja gelesen in den Zeitungen – bei der VdK-Jahrestagung, und bei diesem Absatz meiner Rede gab es Buh-Rufe, weil eben der Gedanke der Solidarität in Deutschland doch auch im Westen spürbar nachgelassen hat. Ich wiederhole hier mit aller Deutlichkeit, was ich dort gesagt habe, und was viele nicht gerne hören: Ich bin mit den Freunden, die die Entscheidung mitgetragen haben, 1990 davon ausgegangen, daß „Deutschland einig Vaterland“ Solidargemeinschaft bedeutet.

Wir haben eine Geschichte, ein gemeinsames Jahrhundert, und die Menschen in Frankfurt an der Oder tragen nicht die Verantwortung dafür, daß sie nicht in Frankfurt am Main gewohnt haben. Sie haben ihr Leben unter ganz anderen Bedingungen geführt. Sie waren auch fleißig, ideenreich, aber ein verbrecherisches Regime hat sie in vielen Bereichen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Jetzt sind wir zusammen.

Obwohl ich weiß, daß zwei Drittel der heute in Deutschland lebenden Menschen nach den Krieg aufgewachsen sind, sage ich: Zur Geschichte gehört auch, daß wir Deutschen den Krieg gemeinsam verloren haben. Menschen auf der einen Seite der Mauer hatten mehr Glück – die wenigsten aus eigenem Dazutun, sondern auf Grund der Fügung ihres Lebensweges –, und Menschen auf der anderen Seite der Mauer hatten weniger Glück.

In der Rentenfrage stellt sich dieses Problem in aller Deutlichkeit. Wer 1920 gebo-

ren wurde und in Frankfurt an der Oder gelebt hat, der hat eine andere Lebensperspektive gehabt als sein Altersgenosse in Frankfurt am Main. Jetzt im Alter jenseits von 70 Jahren hat er ein Recht auf unsere Zuneigung und Sympathie, auch wenn das manchen Menschen im Westen wegen ihrer Neidgefühle nicht gefällt. Unsere Position muß sein, das klar herauszustreichen.

Man redet vom Abbau des Sozialstaates. Wir geben aber nahezu jede dritte Mark unseres Sozialprodukts, das sind 1 000 Milliarden DM, für soziale Leistungen aus. Der DGB-Vorsitzende kommt heute mittag. Ich begrüße ihn jetzt schon sehr freundlich, muß aber auf folgenden Punkt aufmerksam machen: Der DGB zwingt 8 Millionen DM an Beiträgen für eine Propagandakampagne für Rotgrün ab. Der DGB nennt das nicht so, er sagt es etwas eleganter. Aber das ändert nichts an der Zielrichtung dieser Kampagne. Früher war der DGB ehrlich, indem er gesagt hat: Wählt eine andere Bundesregierung. – Die Leute haben aber trotzdem uns gewählt. Das ist eine gute Arbeitsteilung, die wir beibehalten sollten.

Auch damals hat der DGB für Kampagnen Geld ausgegeben. Aber damals hat er noch einen Rest von Schamgefühl dabei gehabt. Was jetzt geschieht, ist schlicht ein Verrat an der Idee der Einheitsgewerkschaft.

Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem der DGB Geld für Wahlpropaganda ausgibt, wird der Umfang der eigenen Organisation – aus verständlichen Gründen; das kritisiere ich überhaupt nicht – abgebaut, und die betroffenen Personalräte schreien Zeter und Mordio über die unsoziale Gesinnung des DGB als Arbeitgeber. In unserem alten katholischen Gesangbuch – die Liturgieform hat diesen Teil abgeschafft – gab es

früher ein ganzes Kapitel über die Rechte und Pflichten des Arbeitgebers. Ich weiß nicht, ob dieser Teil wegen der bischöflichen Ordinarie herausgenommen worden ist. Man könnte vielleicht einmal – es sitzen hier ja viele aus dem kirchlichen Bereich – dem DGB-Vorsitzenden ein altes Gesangbuch geben und ihn an die Pflichten als Arbeitgeber erinnern. Diese Pflichten hat auch er.

Die dramatischen Veränderungen in der Demographie unseres Landes beeinflussen die Gesellschaft. Diese Tatsache müssen wir zur Kenntnis nehmen. Diese Veränderung hat Bedeutung für das Rentensystem. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen. Deshalb war die Rentenreform so, wie sie vorgelegt wurde, notwendig. Aber – dieses Aber muß deutlich ausgesprochen werden; so steht es auch in unserem Programm – in der kommenden Legislaturperiode muß es darum gehen, die Eigenvorsorge für das Alter mit einem größeren Gewicht zu versehen. Das heißt zum Beispiel auch: Neben dem Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung muß künftig kapitalgedeckte Vorsorge verstärkt hinzukommen. Wer das von den Jungen verlangt – es bleibt uns übrigens kein anderer Weg –, der muß ihnen sagen: Diese Notwendigkeit muß bei der Steuerreform mit in Betracht gezogen werden. Deswegen stehen die Steuerreform und die Rentenreform in einem ganz engen Zusammenhang.

Wir wollen einen Sozialstaat, der schützt, ohne zu bevormunden, der Sicherheit gibt, wenn die eigene Kraft nicht ausreicht – das ist gelebte Solidarität –, und der, auch wenn es unbequem ist, die Verantwortung des einzelnen einfordert. Das heißt im Klartext, daß sich Arbeit wieder mehr als Nichtarbeit lohnen muß.

Wer arbeiten kann, aber nicht will, hat dann keinen Anspruch auf die Solidarleistungen. Das Geld des Beitragszahlers ist nicht dazu da, den Lebensunterhalt der Trittbrettfahrer zu finanzieren. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit sozialer Kälte und Ellenbogengesellschaft zu tun.

Wir müssen auch darüber nachdenken, in welchen Bereichen wir helfen können. Es ist nicht damit getan, den Mißbrauch zu bekämpfen. Wir müssen mit Hilfe der Politik dafür sorgen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, die dann angenommen werden können. Wir müssen dazu beitragen, den Weg von der Arbeitslosigkeit in eine neue Beschäftigung zu erleichtern. Es muß unser Ziel sein, arbeitsfähigen Empfängern von Sozialhilfe in einem mittelfristigen Zeitraum eine Arbeit zu verschaffen, zum Beispiel über Beschäftigungsgesellschaften der Kommunen. Es gibt doch Beispiele dafür – einige gar nicht weit entfernt von hier –: in den Verwaltungen von Osnabrück und des Emslandes, in Leipzig und anderswo. Es ist mein persönliches Ziel – bitte helfen Sie mir dabei –, daß wir in der kommenden Legislaturperiode mit den Ländern und Gemeinden diese Wege, die vorgezeichnet sind und die individuell angepaßt werden können, bundesweit gehen.

Wer sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt genauer ansieht, der erkennt, worum es geht. Viele Arbeitsplätze entstehen doch deshalb nicht, weil einfache Arbeit zu teuer geworden ist. Einfache Arbeiten werden daher entweder gar nicht oder erst dann angeboten, wenn sie von Ausländern und Schwarzarbeitern erledigt werden können. Das ist ein auf die Dauer völlig unerträglicher Zustand.

Bisher waren Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger kaum motiviert, sich eine geringer bezahlte Arbeit zu suchen, weil ihr Lohn zum größten Teil mit der staatlichen Unterstützung verrechnet wird. Schauen Sie sich unser Programm an, das wir morgen diskutieren! Wir haben bereits vorgeschlagen, daß Sozialhilfeempfänger mehr dazuverdienen können. Dieser Vorschlag wird gegenwärtig – die Gründe kann ich überhaupt nicht verstehen – von der SPD im Bundesrat blockiert. Gleichzeitig hat Herr Schröder diese Forderung in seinem Wahlprogramm aufgestellt. Hier ist ein weiteres Beispiel für den Widerspruch von Reden und Taten.

Was wir für die Empfänger von Sozialhilfe anstreben, das streben wir auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld an. Das Kombilohnmodell, das wir im Programm vorschlagen, sieht vor, daß Arbeitslose ihre staatliche Unterstützung durch die Annahme einer gering bezahlten Tätigkeit deutlicher als bisher aufstocken können.

Ich weiß, das alles sind keine Patentrezepte. Ich weiß aber auch: Wenn man nur herumsitzt und sagt, das ist so und das bleibt so, dann erreicht man gar nichts. Es gehört Mut zum Umdenken dazu. Dieses Umdenken fordere ich von allen in der Union, aber auch vom deutschen Volk ein.

Zu den Erfolgsmeldungen gehört auch, daß wir es – im Gegensatz zum öffentlichen Feldgeschrei – in diesem Jahr auf Grund der vorliegenden Zusagen wieder fertigbringen, daß junge Leute, die es können und die es wollen – beides gehört zusammen: das Können und das Wollen –, eine Ausbildungsstelle finden werden. Diese Ausbildungsstellen sind nicht im-

mer am Heimatort – das gab es übrigens auch früher nicht – und nicht immer in dem jeweiligen Traumberuf. Ich plädiere leidenschaftlich dafür, daß wir dieses Thema auch in Zukunft zu unserem Thema machen.

In den Orts- und Kreisverbänden müssen wir uns vor Ort – insbesondere in den neuen Ländern – darum kümmern, wie sich die Situation für die jungen Leute entwickelt. Für mich ist diese Frage sehr einfach zu beantworten. Ich erwarte, daß der 19jährige entweder den Wehrdienst oder den Ersatzdienst leistet. Er kann aber von unserer Gesellschaft im Gegenzug erwarten, daß für ihn das Tor zu einer erstklassigen Ausbildung geöffnet wird. Das muß der selbstverständliche Zustand in unserem Lande sein.

Wenn wir über die jüngere Generation sprechen, müssen wir uns ganz offen und, wo es angebracht ist, auch selbstkritisch in bezug auf die Veränderung der Gesellschaft die Frage stellen: Was können wir im neuen Jahrhundert mit Blick auf die Wissensgesellschaft einbringen, bei der es mehr denn je auf eine hervorragende Ausbildung und Bildung ankommt? Diese sind in Wahrheit der Schlüssel.

Bei der Jugendarbeitslosigkeit haben wir – trotz der für mich immer noch nicht akzeptablen Zahlen – mit weitem Abstand in Europa zusammen mit zwei, drei anderen Ländern die besten Zahlen – weniger als die Hälfte, ja ein Drittel dessen, was andere große Länder in Europa haben. Dies verdanken wir dem Dualen System, das Generationen aufgebaut haben. Das ist ein wahrer Schatz unseres Landes.

Daran kann man doch erkennen, was Bildung und Ausbildung ausmachen. Wir

können und wir dürfen es den jungen Menschen nicht abnehmen, ihren Weg selbst zu finden, ihr Leben selbst zu gestalten. Aber wir haben die moralische Pflicht, ihnen das bestmögliche Rüstzeug mit auf den Weg zu geben. Deswegen – warum sollen wir das eigentlich nicht so sagen – brauchen wir die besten Schulen und die besten Hochschulen. Jetzt frage ich Sie: Warum sollen wir hier nicht in einen Wettbewerb mit anderen eintreten? Wenn ich mir überlege, was wir in dem jetzt zu Ende gehenden Jahrhundert an Streit in Europa hatten, was im Krieg und in anderen schrecklichen Zeiten alles geschehen ist, dann sage ich: Laßt uns doch einmal einen wirklich sinnvollen Wettbewerb führen – um die besten Universitäten, um die besten Schulen und um die besten Kindergärten in Europa! Das ist doch ein Ziel, für das es sich lohnt zu arbeiten.

Aber das ist nicht mit Täuschungsmanövern möglich. Hier müssen wir sehr rasch zur Sache kommen; denn von diesem Ziel sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Deswegen sage ich ganz einfach: Nach vielen Jahren der Reformen muß jetzt auf den Prüfstand gestellt werden, was von diesen Reformen sinnvoll war, was bleiben soll – viel Vernünftiges – und was absolut unvernünftig ist.

Hier ist übrigens eine Richtungsentscheidung angesagt. Eine Bildungsreform, wie ich sie meine, hat zwei klare Prinzipien: das Ja zur Erziehung und auch das Ja zur Leistung. Wer auf eines der beiden Elemente verzichtet, wird keine Zukunft schaffen.

Dazu gehört – ich sage das auch an die eigene Adresse, daß wir auch über Fehlentscheidungen reden. Ich sage Ihnen sehr offen: Der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, würde das eine oder andere von dem, was er damals

beschlossen hat, heute niemals mehr mit beschließen. Ich bin natürlich älter und weiser geworden; das weiß jeder. Aber, meine Damen und Herren, ich meine das jetzt gar nicht ironisch: Wenn Sie einmal genau hinschauen, dann werden Sie feststellen, daß es in der Bildungspolitik Fehlentwicklungen gab und noch heute gibt.

Wenn wir sagen, wir wollen die Leistungsbereitschaft fördern, dann geht es doch um die Zukunft und um das Bestehen im Wettbewerb.

Das hat doch überhaupt nichts mit einer Ellenbogengesellschaft zu tun. Für uns sind Leistung und soziale Verantwortung Begriffe, die zusammengehören. Eine Bildungspolitik, die den jungen Menschen gerecht wird, muß Rücksicht nehmen auf die völlig unterschiedlichen Begabungen.

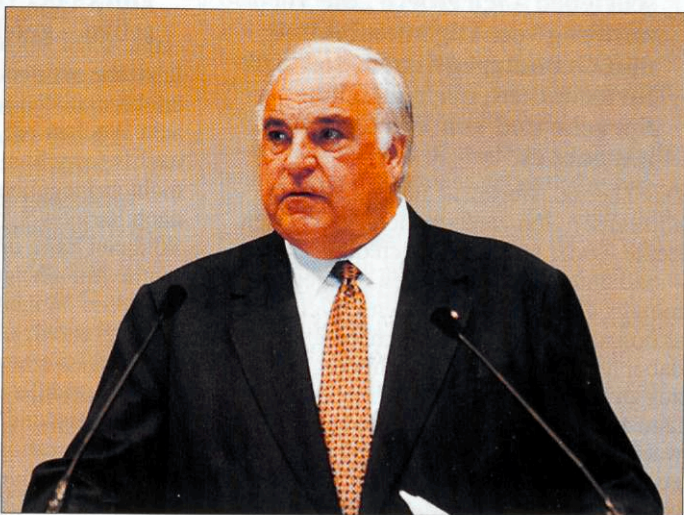
Man tut den jungen Menschen doch keinen Gefallen, wenn man sie nicht fordert. Das ist eine völlig abwegige Vorstellung, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß.

Liebe Freunde, wenn ich lese und höre, was Sozialdemokraten und Grüne in der Bildungspolitik vorhaben, kommt es mir vor, als wollten sie „leistungsfreie Zonen“ in Schule und Hochschule einrichten. Da sehe ich den Schüler Helmut Kohl vor mir. Das wäre eine reine Katastrophe gewesen.

Wenn Sie, die Sie hier sitzen, ehrlich sind, dann geht es Ihnen doch genauso. Wir erreichen das beste Bildungswesen doch

nicht durch Gleichmacherei. Mittelmaß für alle – dies ist eine alte sozialistische Traumvorstellung von Umverteilung. Sie ist falsch, und in der Bildungspolitik ist sie eine totale Katastrophe.

Ich habe mich mit Norbert Blüm, mit Jürgen Rüttgers und mit anderen in den letzten Monaten oft über das Thema „Langzeitarbeitslose“ unterhalten. Es sind, glaube ich, allein in Westdeutschland rund 1 Million an der Zahl. Wenn Sie diese zu



Hundert setzen, dann stellen Sie fest, daß rund 50 Prozent von ihnen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. 10 Prozent derjenigen, die von den Hauptschulen abgehen, sind nicht ausbildungsfähig in bezug auf ein ganz normales Ausbildungsverhältnis. Das heißt: Wir schaffen Jahr für Jahr in einer Größenordnung von 60 000 eine neue Problemlage, die sich in zehn Jahren auf 600 000 summiert. Das muß uns eigentlich vom Stuhl reißen. Da sehe ich eine soziale Frage. Ich sprach soeben voller Begeisterung von CeBIT und der Hannover-Messe. Aber dort ging es um Fertigkeiten, die eine Menge Leute nicht erbringen können. Dennoch sind

dies kostbare Mitglieder unserer menschlichen Gesellschaft, für die wir uns mehr einfallen lassen müssen. Man kann nicht sagen: Das ist eine Sache nur der Gemeinde oder nur des Bundes oder nur des Landes. Am Ende, wenn es um Jugendkriminalität und um Resozialisierung geht, ist es unsere gemeinsame Sache. Deswegen ist es höchste Zeit, daß wir das begreifen.

In unserem Grundsatzprogramm ist als Auftrag der Schule beschrieben – ich zitiere „die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, von Kulturtechniken, der deutschen Sprache und von Werten“. Darum geht es.

Das Thema „Werte“ ist überhaupt nicht altmodisch. Ich weiß, manche gescheiten Leute – oder solche, die sich dafür halten – sind unterwegs und fragen morgens, mittags und abends jede menschliche Reaktion ab, auch wenn der größte Blödsinn dabei herauskommt. Immerhin ergibt sich aus all diesen Umfragen, daß in Deutschland zum Ende dieses Jahrhunderts in wachsendem Maße nach der Wertgrundlage unserer Gesellschaft gefragt wird. Es ist nicht wahr, daß in allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird, daß alles und jedes erlaubt sein soll. Es ist schon gar nicht wahr, wenn Sie mit jungen Leuten reden.

Seit mehr als 30 Jahren führe ich Diskussionen mit Schülern. Dabei sind in vielen Bereichen bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Wir müssen uns sehr davor hüten, jungen Leuten zu unterstellen, sie wollten mit Werten nichts zu tun haben, sie wollten mit den einfachsten Umgangsformen wie Höflichkeit nichts zu tun haben. Manchmal liegt es nur einfach daran, daß sie in der Schule nichts davon hören – oder besser gesagt: in manchen Schulen; man muß sich immer vor pauschalen Urteilen in acht nehmen.

Die Wahrheit ist: Die jungen Menschen wollen einen Kompaß haben. Sie sprechen vielleicht nicht von Idealismus. Viele auf deutschen Lehrstühlen wollen das Wort „Idealismus“ aus dem Wortschatz der Menschen streichen; sie sprechen jetzt von Engagement. Mir ist gleichgültig, wie es genannt wird – aber genau das gibt es bei vielen jungen Menschen – gelebten Idealismus.

Ich habe auf den Dämmen am Oderbruch erlebt, daß sich junge Soldaten, die erst acht Wochen bei der Bundeswehr waren, nachts festschnallen ließen. Sie haben nicht aufgegeben. Als ich nach Bosnien, nach Sarajewo, zu den mehr als 3 000 Soldaten kam, die dort ihren Dienst tun, wurde mir gesagt: „Herr Bundeskanzler, wenn Sie meinen, es sei notwendig, dann verlängern wir unseren Aufenthalt hier. Das hier ist eine wichtige Sache für den Frieden und für den Aufbau dieses Landes.“ – Das sind beste Beispiele für die junge Generation in Deutschland. Sie hat Wertvorstellungen.

Aber wahr ist auch: Die jungen Menschen haben mehr Freiheit als je zuvor. Das haben wir, die Generation der Erwachsenen, übrigens ganz entscheidend gefördert. Jetzt erleben viele junge Leute, daß es gar nicht einfach ist, mit der Freiheit umzugehen. Dies gilt nicht zuletzt im Blick auf die Erfahrungen der neuen Länder; Sie können es feststellen, wenn Sie in eine Plattenbausiedlung gehen und den Alltag dort erleben. Das können Sie in Deutschland übrigens auf jedem Schulhof und auf der Straße erleben. Die Vermittlung von Werten setzt den Mut zur Erziehung voraus. Junge Menschen müssen lernen – und alle müssen dies sehr viel klarer sehen –, daß Freiheit und Verantwortung unauflöslich zusammengehören, daß man nicht nur

von den Rechten, sondern auch von den Pflichten reden sollte.

Das ist nicht altmodisch! Sagen Sie das auch draußen in den Wahlversammlungen. Die riesige Mehrheit der Leute im Lande weiß sehr genau, daß das die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft ist.

Der erste und wichtigste Ort, an dem Kinder Erziehung erfahren, menschliche Wärme und vor allem auch Werte, das ist die Familie mit ihrer Geborgenheit. Lassen Sie uns deswegen da nicht auf eine schiefe Bahn kommen, zum Beispiel bei staatlichen Eingriffen in das Erziehungsrecht der Eltern. Mit uns findet das alles nicht statt, damit das ganz klar und deutlich ausgesprochen wird.

Es geht darum, die Rolle der Eltern zu stärken. Denn vor Gott und der Welt haben – das wird ja auch dauernd vergessen – die Eltern das erste Recht und die erste Pflicht zur Erziehung, nicht die Schullehrer.

Es ist allerdings auch wahr, daß es ganz wichtig ist, auch die Position der Lehrer zu stärken.

Das Bewußtsein für die unveräußerliche Würde des Menschen prägt den Geist des Grundgesetzes und den Geist der demokratischen Institutionen. Aber machen wir uns nichts vor: Im Alltag ist das nicht mehr ganz selbstverständlich präsent. Deswegen lassen Sie uns dafür werben, nicht mit Propaganda, sondern mit unserem Vorbild, daß diese Werte und Tugenden eingefordert werden.

Ohne Bürgersinn ist kein Staat zu machen, und ohne gelebten Patriotismus hat auf Dauer keine Nation Bestand. Überhaupt finde ich es abwegig, daß wir nur dann patriotische Gefühle entwickeln, wenn Fußball-

weltmeisterschaft oder -europameisterschaft ist. Dann sagen wir: „Das ist Deutschland, unser Vaterland.“ Deutschland und Europa, das ist doch kein Gegensatz.

Zu einem menschlichen Miteinander gehören Tugenden wie Treue und Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Toleranz und Höflichkeit. Wir haben heute von Demut gehört – das hat mir gut gefallen –, von Zuverlässigkeit und Fleiß, von Respekt vor dem anderen. Wenn da vor Jahren einer in Saarbrücken – er will es jetzt nicht mehr gesagt haben – abschätzig von „Sekundärtugenden“ gesprochen hat, dann zeigt das nur: Der Mann hat keine Ahnung von dem, was unsere Gesellschaft braucht!

Es ist wichtig, daß in unserer Gesellschaft mehr Freiheit und mehr persönliche Entfaltung nicht zu mehr Kälte und Egoismus führen – oder gar als Freibrief für Gewalt mißverstanden werden. Es geht in diesen Monaten auch um eine geistige Auseinandersetzung, es geht um Wegweiser. Lassen Sie uns das ganz offen, aber ohne jede Überheblichkeit sagen. Wir haben da eine ganz klare Position. Wir versuchen, aus dem christlichen Verständnis des Menschen den politischen Weg zu finden.

Im Übergang zu einem neuen Jahrhundert und Jahrtausend – hier ist es gut, vom Jahrtausend zu sprechen – ist es wichtig, daß wir erkennen, daß das C in unserem Parteinamen überhaupt nicht überholt ist. Ich behaupte, es ist knapp 20 Monate vor dem Eintritt in ein neues Jahrtausend aktueller denn je.

Aber das heißt auch: Es ist Maßstab für unser eigenes Tun. Es gibt keinen Grund, dabei mit Arroganz auf andere zu schauen. Es gibt auch in anderen politischen Gruppierungen ganz selbstverständlich Männer und Frauen, die versuchen, ihren Weg aus christlicher Verantwortung zu gehen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir

auch im Wahlkampf – nicht im Sinne von Propaganda – offensiv zu dem stehen, was wir als unsere Prinzipien verstehen. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Da ist noch ein anderes Thema, über das wir heute mittag eingehend sprechen werden. Es ist das Thema der inneren Sicherheit. Viele haben immer noch nicht begriffen, daß dies ein Thema ist, das die Menschen tief bewegt und beunruhigt. Mit Beliebigkeitsformeln, wie sie jetzt angeboten werden, können wir keinen Staat machen. Man kann nicht, wie die Grünen es in ihrem Wahlprogramm sagen, Haschisch zum frei zugänglichen Genußmittel machen oder Ladendiebstahl zu einer Bagatelle. Man muß immer die Konsequenzen sehen. Es hieß doch auch einmal: Gewalt gegen Sachen ist erlaubt. Dann wurde daraus Gewalt gegen Personen. Die Opfer stehen doch noch vor unseren Augen, großartige Männer und Frauen, die dem Land gedient haben, genauso wie die Polizeibeamten und andere, die dabei ums Leben gekommen sind.

Es ist natürlich keine Chance für die Zukunft, wenn Herr Schröder in Niedersachsen den Begriff der öffentlichen Ordnung aus dem Polizeigesetz gestrichen hat. Was soll das denn eigentlich? Jahrelang hat man uns diffamiert, wir seien Leute von „law and order“. Was ist daran eigentlich falsch? Das heißt ganz einfach „Gesetz und Ordnung“.

Das hat doch nun wahrlich nichts mit Faschismus zu tun. Lassen Sie sich das um Gottes willen nicht einreden! Es hat – ganz einfach, aber klar ausgedrückt – damit etwas zu tun, daß der Bürger seine Steuern und Abgaben zahlt, und dafür von seinem Staat vor allem zwei Dinge haben will: daß der

Staat die äußere Sicherheit und die innere Ordnung des Landes und den Frieden garantiert, nicht mehr und nicht weniger.

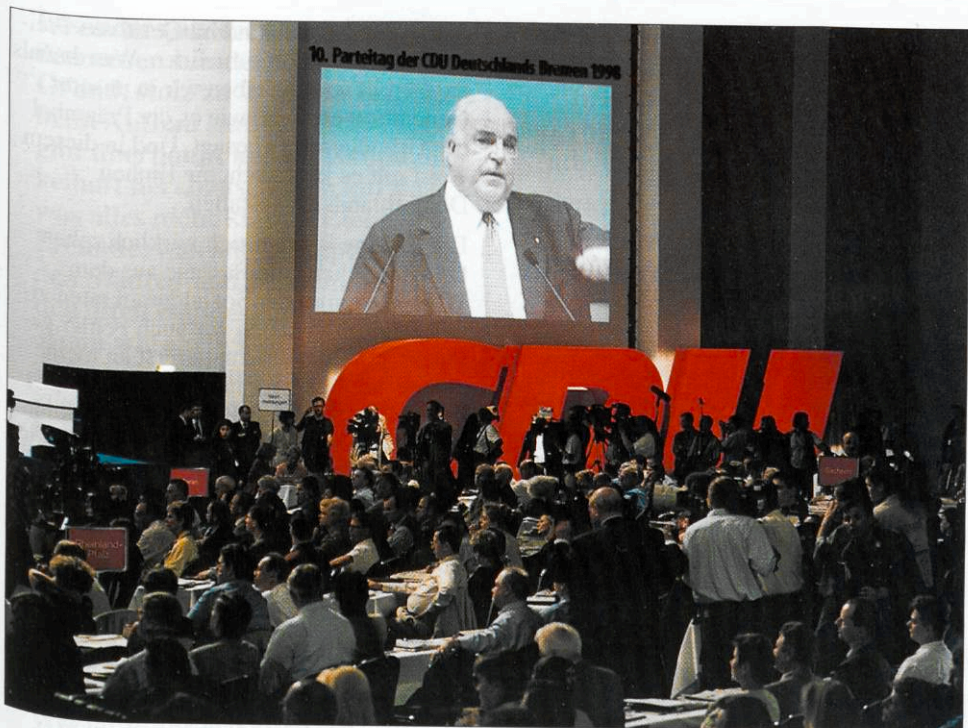
Es muß deutlich werden, daß wir die Partei sind, die für den inneren Frieden und die innere Ordnung eintritt, dafür, daß sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen können, und daß nicht die Polizeibeamten vorgeschickt werden und sich die politische Führung vor ihrer Verantwortung drückt. Wir müssen vielmehr sagen: Diese Männer und Frauen setzen ihre Gesundheit und ihr Leben für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger ein, häufig bei einer Bezahlung, die weit von dem entfernt ist, was irgendwelche Dummköpfe männlichen oder weiblichen Geschlechts verdienen. die mich manchmal fragen: „Haben Sie heute Ihre Bullen nicht dabei?“ Wir stehen an der Seite dieser Polizeibeamten. Sie haben Anspruch auf unsere Unterstützung.

Wir wissen inzwischen genau, daß wir die grenzüberschreitende Kriminalität nur international bekämpfen können. Europol hat die Arbeit aufgenommen. Das war für mich immer ein wichtiges Thema, und wir werden das weiter vorantreiben.

Ein paar Prinzipien müssen eben gelten. Es muß das Prinzip gelten: keine Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter, egal welcher Nationalität.

Liebe Freunde, es ist eine absurde Diskussion, die in diesem Zusammenhang geführt wird. Wir sind ein ausländerfreundliches Land; wir brauchen keine Nachhilfe.

Vorgestern in Birmingham haben wir wieder große Diskussionen über den Beitrag der Deutschen und anderer zur Entwicklungshilfe gehabt. Es gab britische Demonstrationen, übrigens Demonstrationen, wie ich sie mir wünsche: 30 000 Leute, die friedlich singen, die einem zuwinken, mit denen man reden kann, ohne Gewalt.



Der Pöbel ist erst spät nachts gekommen, aber das hat nichts mit den Demonstrationen zu tun gehabt.

Diese Menschen haben uns gesagt: „Ihr Deutschen müßt mehr für die Entwicklungshilfe tun!“ Ich habe ihnen empfohlen, sich doch die amtlichen Statistiken anzuschauen. Wir stehen von allen Industrienationen bei der Gewährung von Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttosozialprodukt, an zweiter Stelle. Wir leisten also unseren Beitrag, aber ich habe auch gesagt: Ihr müßt fair sein. Wir, die Deutschen, tun noch viel darüber hinaus, beispielsweise bei der Hilfe für die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. 350 000 Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien haben hier Zuflucht gefunden, Beträge von weit über 10 Milliarden DM haben wir für sie ausgegeben. Ich sage das nicht, um uns zu berümen.

Wir haben selber in der Stunde Null unseres Volkes Hilfe erfahren, vor allem von den Amerikanern. Denken wir nur an die Care-Organisation. Beim Besuch Clintons in Berlin konnte man die Pakete jetzt wieder sehen. Die Schulkinder standen darum herum und haben sie angestarrt. Die hatten so etwas noch nie gesehen, all das, was damals über die Luftbrücke gekommen ist. Das hat den freien Teil Berlins damals gerettet. Und weil wir Hilfe von anderen erfahren haben, ist es eine Frage der moralischen Statur der Deutschen, daß sie jetzt anderen helfen. Das muß sein, was immer die Sorgen im eigenen Land sind.

Aber, liebe Freunde, wer Gast bei uns ist, der hat das Gastrecht zu beachten. Das ist wie im privaten Leben. Wenn Sie einen Gast einladen, und der benimmt sich un-

möglich, dann schmeißen Sie ihn raus. Warum soll das im Staat anders sein? Wer das Gastrecht mißbraucht, den werfen wir raus – unter rechtsstaatlichen Bedingungen.

Wobei ich sehr wohl weiß – und das sage ich auch –, daß man sehr genau hinschauen muß, wie solche Verletzungen entstehen, ob junge Leute, die als Ausländer hier bei uns wohnen, keine Chancen haben, sich zu entfalten, schulisch miserabel ausgebildet werden, in eine Ausweglosigkeit geraten. Das gehört auch zu dem eben Gesagten. Die Menschlichkeit hat nichts mit dem Paß zu tun, um das klar und deutlich auszusprechen. Menschlichkeit ist keine Sache des Passes.

Aber trotzdem gilt auch der andere Satz, daß unsere Sympathie in allererster Linie den Opfern und nicht den Tätern gilt.

Ich habe nun wirklich alles Verständnis dafür, daß wir über Resozialisierung nachdenken und – wo dies möglich ist – auch Hilfe anbieten. Aber angesichts von so manchem, was in den letzten zwei Jahren im Bereich der Justiz geschehen ist, ist für mich klar, daß der Schutz der Kinder eindeutig Vorrang hat vor der Frage der Resozialisierung – damit das auch einmal ganz klar ausgesprochen ist.

Wir werden fortfahren, als Partei der deutschen Einheit das Notwendige zur Vollendung der Einheit auf den Weg zu bringen. Heute ist der Tag, an dem vor 150 Jahren das erste gesamtdeutsche Parlament in der Paulskirche in Frankfurt am Main zusammentrat. Für einen Moment kann man vielleicht erahnen, wie sich wohl Deutschland entwickelt hätte, wenn dieses erste großartige Experiment erfolgreich gewesen wäre. Den Abgeordneten damals ging

es darum, Deutschland im Geist von Freiheit und Demokratie zu einen. Was damals angestrebt wurde, haben wir in unserer Generation erreicht, wie es die Präambel des Grundgesetzes besagt. Und in diesem Geist gilt es jetzt auch, die Einheit Deutschlands zu gestalten.

Die Erfolge können sich wirklich sehen lassen. Ich habe die Passage aus dem Wahlprogramm der Sozialdemokraten zitiert. Natürlich haben wir auch Fehler gemacht, ich sage das zuallererst an meine eigene Adresse gerichtet. Aber wo waren denn all die Leute 1989, die jetzt so klug daherreden und sagen, ihr hättet doch alle Pläne für den Aufbau Ost in der Schublade haben müssen? Dieselben Leute haben damals noch mit Stolpe – Stolpe sage ich schon,

(Heiterkeit und Beifall)

das war zwar nicht ganz falsch, aber trotzdem eine echte Freudsche Fehlleistung –, mit Stoph und Honecker ausgemacht, daß es keine DDR-Forschung mehr geben darf. Und da sollten wir 1990 alles aus der Schublade herausziehen und sagen können: Das ist so, und geht das so! Wir waren auch – ich sage das auch an meine eigene Adresse gerichtet – mit geblendet von der Propagandawelle, die über uns hinweggegangen ist.

Wenn man in einer großen deutschen Wochenzeitung – die manche gierig in sich hineinschlingen, als sei das die Offenbarung ihrer Geisteswelt – liest, was diese unter dem Thema „Reise in ein anderes Land“ schreibt, dann müssen Sie mir nachsehen, daß ich nicht alles begriffen habe – denn die haben gar nichts begriffen.

Ich bekenne mich also auch zu den Fehlern, die wir gemacht haben, aber, liebe Freunde, in den wesentlichen Entscheidungen haben wir uns nicht geirrt. Darauf können wir stolz sein.

Besonders unsere Landsleute in den neuen Ländern haben allen Grund, stolz zu sein. Die Erfolge beim Aufbau sind ihr Werk. Es gibt überhaupt keinen Grund, onkelhaft herabzuschauen auf das, was alles nicht klappt. Liebe Freunde, was alles klappt denn in den Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern nicht? Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, muß man sagen: Es ist zum Teil doch toll, was beim Aufbau entstanden ist, daß wir zum Beispiel bei schwierigsten Bauvorhaben Genehmigungszeiten haben, von denen man in Westdeutschland nur träumen kann. Es sind doch dieselben Gesetze, die hier wie dort gelten – folglich sind sie in den neuen Ländern et was früher aufgestanden.

Wir haben auch erlebt, wie viele Ostdeutsche die Umstellung der Lebensverhältnisse meistern. Angesichts all dessen, finde ich, haben wir allen Grund zum Respekt. Die Menschen in den neuen Ländern haben viel zu verkraften.

Die Einheit der Herzen – das haben wir erfahren –, dauert länger. Schauen Sie einmal genau hin – ich spreche hier vor allem von der Politik –, wie das in den Gewerkschaften, wie das in den Unternehmerverbänden, wie das beim Sport ist und – ich sage das mit äußerster Zurückhaltung – wie das in der Zusammenarbeit der Kirchen untereinander ist. Wenn die schon Probleme miteinander haben, dann haben wir zwar keine Ausrede, aber wir können doch feststellen: Denen geht es zum Teil auch nicht besser als uns. Auch das gehört zur Wahrheit, auch wenn es viele nicht sagen.

Wir sind gefordert, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden, zuzuhören, und vor allem brauchen wir eines: Geduld. Das ist wahrlich nicht unsere größte Tugend. Am Beispiel der Bundeswehr haben wir erlebt, daß es möglich ist, und das soll unser Kurs sein.

Ich will noch ein anderes Wort bekräftigen, und das muß klar Aussage der CDU sein, auch für diese Bundestagswahl, auch dann, wenn es viele im Westen nicht gerne hören: Der Aufbau Ost hat absolute Priorität für die Entwicklung in Deutschland. Das ist der Standardsatz, der gelten muß und zu dem wir stehen.

In diesen Tagen hat sich unsere Zukunftskompetenz in ungläublicher Weise in der Europapolitik erwiesen. Es gibt natürlich ein großes Geschrei, wenn eine Konferenz zwölf statt drei Stunden dauert. Wenn wir in Brüssel nach drei Stunden zu diesem Ergebnis gekommen wären, wäre es ein Erfolg gewesen, nach zwölf Stunden war es zerredet. Das ist das Wesen der modernen Mediengesellschaft. Das ist keine Entschuldigung für all die, die dazu beigetragen haben. Aber was wir jetzt erleben, ist die europäische Einigung. Nach zähem langjährigem Arbeiten ist das der Beweis dafür, daß Grundsatztreue, Zielstrebigkeit und Mut aus Träumen Wirklichkeit werden lassen.

So wird auch die Europäische Währungsunion Wirklichkeit. Der Euro kommt, er wird in der weltweiten Konkurrenz – das habe ich gestern wieder von den Japanern gehört – auf Platz zwei, vor den japanischen Yen kommen.

Der Euro wird für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen, er wird die Einigung voranbringen, aber er löst nicht alle Probleme, schon gar nicht unsere Arbeits-

platzprobleme. Das ist eine Frage dessen, wie wir unsere Hausaufgaben machen.

Wir haben diesen Einsatz gebracht, und wir haben Erfolg. Natürlich weiß ich auch,

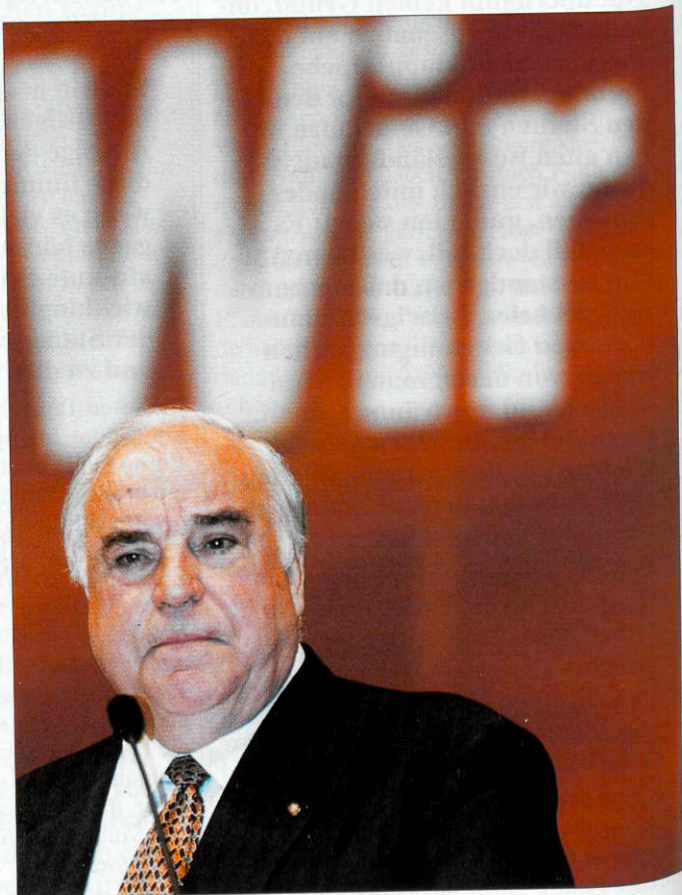
wieviel Ängste es gibt. Du gibst – so schreiben mir die Leute – die gute D-Mark her, und was kriegen wir dafür? – Da heißt es auch: Und dann noch mit den Italienern! Kann man denen trauen? – Das sagen übrigens dieselben Deutschen, die im Sommer zu Millionen wieder dorthin fahren, dabei ganz happy sind und sich jung und dynamisch fühlen. Die eigentlichen Gebrechen kommen wieder, wenn sie über den Brenner nach Deutschland zurückkehren bzw. spätestens am Rosenheimer Dreieck.

Der Euro wird eine stabile Währung werden. Die Ängste sind unbegründet. Wir haben getan, was nach menschlichem Ermessen als Sicherung getan werden kann. Ich habe oft in diesen Wochen daran gedacht, was ein kluger Mann bzw. einer, der sich dafür hielt, 1949 der D-Mark als Schicksal prophezeit hat. Der damalige Chef der Bank deutscher Länder, Geheimrat Vocke, sprach damals mit dem Leiter des Internationalen Währungsfonds über die Zukunft der D-Mark. Dieser sagte wörtlich:

Nun, Herr Vocke, kein Gold, keine Devisenreserven, ich will Ihnen ehrlich sagen, Sie haben überhaupt

keine Chance, es kann nichts daraus werden.

Das war 1949. Was ist daraus geworden? Durch die Arbeit von Generationen, durch



eine kluge Politik, an der viele beteiligt waren – das ist keine parteipolitisch einseitige Sache –, ist es ein großartiges Werk geworden, und ich behaupte, dieses Werk wird fortgesetzt. So wie die D-Mark, dessen bin ich sicher, wird der Euro eine Erfolgsstory für Deutschland.

Es wird ein großer Schub für die Zukunft sein. Wir wollen dieses Europa als ein Europa der Subsidi-

diarität, als ein Europa, das föderal gegliedert ist. Wir wollen auf gar keinen Fall ein zentralistisches Europa. Wir wollen ein Europa mit kultureller Vielfalt, mit regionalen Besonderheiten, in dem die unterschiedlichen Temperamente und Traditionen lebendig bleiben. Wir wollen nicht, daß Europa wird wie Italien, und die Italiener wollen nicht, daß Europa wird wie Deutschland. Aber zusammen ergibt das eine bunte Farbenpracht, und das macht doch Freude.

Europa ist doch nicht nur eine Sache des Verstandes; es muß vor allem auch eine Sache des Herzens sein.

Deswegen müssen wir folgende Fragen bei den kommenden Entscheidungen richtig beantworten: Wie kann eine erweiterte Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen verbessern? Wie können die demokratische Verankerung und die Bürgernähe gestärkt werden? All das steht jetzt mit in der Debatte.

Für mich ist ganz entscheidend, daß wir das Haus Europa an der Schwelle zu dem neuen Jahrhundert aus den Erfahrungen dieses Jahrhunderts, aber vor allen Dingen mit Blick auf die jungen Leute bauen. Für mich ist der Gedanke faszinierend, daß die kleinen Kinder von heute, wenn sie in ein paar Jahren zum erstenmal einkaufen gehen, in weiten Teilen Europas überall mit der gleichen Währung, dem Euro, zahlen können. Für mich ist es eine faszinierende Sache, daß, wenn in wenigen Wochen die Sommerferien beginnen, in Bremen genauso wie in Edinburgh oder sonstwo der junge Schüler oder die junge Schülerin zum Bahnhof geht, ihr Interrail-Ticket löst und quer durch Europa fährt. Das ist die

Erfüllung eines Traums für einen, der wie ich warten mußte und schließlich doch keinen Passport bekam, um von Ludwigs-hafen in der französischen Besatzungszone nach Mannheim in die amerikanische Besatzungszone zu fahren. Nun sind das alte Geschichten. Wenn ich das sage, sagen die Jungen genauso, wie ich es früher zu meinem Vater sagte: „Du erzählst schon wieder von Verdun.“ Das war auch weit zurück.

Es ist aber trotzdem anders. Es ist die lebendige Wirklichkeit unserer Zeit. Deswegen ist diese Politik richtig. Es ist eine Politik, die Herzenssache ist. Politik aus christlicher Verantwortung muß immer europäische Politik sein. Dieses Europa ist nicht allein aus christlicher Tradition gewachsen. Die Antike, die Aufklärung und vieles andere gehören dazu.

Wahr ist aber auch, daß das Christentum die abendländische Entwicklung entscheidend geprägt hat. Wenn wir jetzt am Haus Europa bauen, dann ist es ein Werk des Friedens. Das gilt für die, die noch den Krieg oder dessen Folgen erlebt haben, wie für die ganz Jungen, die das von Ihren Großeltern hören. Unsere Politik ist Politik für Frieden und Freiheit.

Heute wachsen die Kinder in unserem Land in dem Bewußtsein auf, daß sie nach menschlichem Ermessen ihr ganzes Leben in Frieden und Freiheit verbringen können, daß ihnen in weiten Teilen Europas die Grenzen offenstehen, daß sie überall Freunde finden. Dafür brauchen sie gar nicht ins Ausland zu gehen. Wenn Sie jetzt im Sommer an die Loreley ins Rheintal fahren, erleben Sie eine Völkerwanderung sondergleichen. Ob Sie in London auf den Piccadilly gehen, in Paris zum Eiffelturm oder, was mir besonders gefällt, auf die

Karlsbrücke in Prag, überall stellen Sie fest: Europas Jugend ist unterwegs. Sie sind schon jenseits des Berges – wir Politiker steigen gerade mühsam diesseits hinauf. Sie finden Freude daran. Das ist der Punkt.

Es ist ein neues Gefühl europäischen Mit-einanders entstanden. Was für ein Unterschied zu dem Beginn dieses Jahrhunderts! Ich habe vorgestern abend in Birmingham mit Tony Blair und anderen über die beiden Staatsmänner aus der Familie Chamberlain gesprochen, die uns heute noch bekannt sind. Da war als letztes der Premierminister, der 1938 das Münchener Abkommen mit Hitler geschlossen hat. Es ging aber vor allem um seinen Vater, Joseph Chamberlain, der eine der großen Gestalten der britischen Politik war und als Kolonialminister um die Jahrhundertwende, also vor knapp 100 Jahren, noch einmal den Versuch unternommen hat, mit den Deutschen zu einem dauerhaften Agreement zu kommen. Wenn man einen Moment nachdenkt und sich einen solchen Mann in Erinnerung ruft, dann stellt man sich doch die Frage: Was wäre geworden, wenn er sich hätte durchsetzen können? Die Historiker lehnen solche Fragen ab, aber sie sind trotzdem berechtigt.

Das, was wir jetzt tun, tun wir in dem Bewußtsein, daß in ein paar Jahrzehnten, wenn es uns nicht mehr gibt, eine andere Generation fragen wird: Was haben die eigentlichen gemacht, um die Chancen zu nutzen? Liebe Freunde, wir können dabei im Blick auf Europa, auch als christliche Demokraten, gut bestehen.

Ich habe einiges von dem, was uns bewegt, hier sagen dürfen. Wir wissen, daß die Zeit bis zur Wahl unsere ganze Kraft kostet. Ich selbst werde mich nicht schonen. Das wissen Sie. Ich erwarte von je-

dem – egal, wo seine Funktion in der Partei ist – vollen Einsatz. Es steht viel auf dem Spiel. Wir wissen, wofür wir kämpfen. Das ist, wie ich denke, unsere größte Stärke.

- **Wir kämpfen dafür**, daß Deutschland seinen Spitzenplatz in der Welt halten kann.
- **Wir kämpfen für** wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze.
- **Wir kämpfen dafür**, daß sich in unserem Land Erfindungsreichtum und Unternehmungsgeist entfalten können.
- **Wir kämpfen dafür**, daß der Sozialstaat durch Umbau gesichert wird und die Solidaritätsgemeinschaft auch in Zukunft den Armen und Ärmsten helfen kann.
- **Wir kämpfen dafür**, daß unser Staat die Sicherheit seiner Bürger gewährleistet.
- **Wir kämpfen dafür**, daß der Aufbau Ost weiter vorankommt und sich die Lebensverhältnisse in Deutschland angleichen. Wir, die im Westen unseres Landes aufgewachsen sind und gelebt haben, wissen, was wir unseren Landsleuten in Ostdeutschland schuldig sind.
- **Wir kämpfen dafür**, daß unser Land in der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem bewährten Kurs bleibt.
- **Wir kämpfen für** die Einigung Europas, weil das die beste Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert ist.

Liebe Freunde, für diese Ziele will ich auch ganz persönlich antreten. Ich will mit Ihnen gemeinsam für unser Vaterland eine Zukunft in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und Sicherheit mitgestalten. Ich will mit Ihnen gemeinsam das Tor zum 21. Jahrhundert aufstoßen. Meine Bitte ist ganz einfach: Machen Sie mit! Dann werden wir es packen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich.)



Generalsekretär Peter Hintze:

Die Bundestagswahl ist eine Richtungswahl

Wir sind uns einig, daß wir die Wahl am 27. September gewinnen wollen. Ich möchte nun darlegen, wie wir sie tatsächlich gewinnen werden.

Vielleicht ist diese Nachmittagsstunde ganz gut dazu angetan, ein paar strategische Gedanken darüber auszutauschen, damit das eintreten kann, was der Bundeskanzler heute morgen angesprochen hat: daß es zu einer fairen Bewertung kommt, zu einem echten Vergleich zwischen dem, was wir politisch leisten und für die Zukunft anbieten, und dem, was unsere Mitwettbewerber zu bieten oder auch nicht zu bieten haben.

Ein Blick auf das Meinungsklima macht deutlich, worin unsere Aufgabe besteht: Es gilt, die Lücke zwischen den unfreundlichen CDU-Werten bei der „Sonntagsfrage“ und dem von uns angestrebten Wahlergebnis zu schließen.

Das ist keine leichte, aber eine lohnende und lösbare Aufgabe. Meine erste Bitte an die eigene Truppe lautet: Selbstbeschäftigung und Eifersüchteleien in Interviews haben jetzt Pause. Die Herzen der Menschen zu wenden, das ist die Aufgabe.

Die Herzen der Menschen zu wenden, das ist eine emotionale Aufgabe. Ich finde, unser Bundeskanzler hat heute in seiner Rede hier vor dem Parteitag, vor den tausend Delegierten, aber auch vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit gezeigt, daß er nicht nur

die intellektuelle Kraft, sondern auch die emotionale Kraft hat, Deutschland sicher in das 21. Jahrhundert zu führen. Das ist die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht.

Vielleicht haben auch Sie das „Politbarometer“ im ZDF oder eine der anderen Sendungen gesehen, in denen Umfrageergebnisse präsentiert werden. Wir stoßen auf

Bericht von Generalsekretär Peter Hintze auf dem 10. Parteitag der CDU in Bremen am 18. Mai

Werte, die uns unruhig stimmen. Wenn man nach der Quelle fahndet, die im Moment die politische Zustimmung zu unseren Mitwettbewerbern speist, dann stößt man auf eine diffuse Wechselstimmung im Land. Interessant ist, daß die Menschen damit gar keine konkreten politischen Vorstellungen verbinden, und sie sind sich auch gar nicht darüber im klaren, was sie eigentlich eintauschen wollen.

Deswegen ist für uns die Frage: Wir gehen wir mit einer solchen diffusen Stimmung um? Meine Antwort: In einer solchen diffusen Stimmung müssen klare Entscheidungsfragen her, die die Menschen erkennen lassen, was für das Land richtig und was falsch ist.

Unsere erste Aufgabe ist es, den Nebel zu lichten, den die Linke über das Land zu bringen versucht, um in der Dunstglocke des Ungefähren heute ungefähr diese und morgen ungefähr jene Position zu vertreten. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten den Nebel wegblasen, und sie werden dasitzen, wie ihre Geisteshaltung sie schuf: ziemlich links und ziemlich dürftig.

Auch bei uns haben wir eine Strategiediskussion geführt: Wie kann es gelingen? Ist es eine Frage des Programms? Ist es eine Frage der Gefühle? Ist es eine Frage der politischen Richtung? Ich meine, alle drei Elemente müssen in richtiger Form zusammenwirken.

Die Bundestagswahl ist natürlich eine Richtungswahl. Unabhängig davon, wie in manchen Leitartikeln über diese Frage philosophiert wird, geht es um die grundsätzliche Richtung, die Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert einschlägt, und um die Politik, die daraus folgt.

Die Sozialdemokraten fürchten diese grundsätzliche Auseinandersetzung. Sie verhalten sich wie ein glitschiges Stück Seife in der Badewanne: Sie versuchen immer wegzufilzen. Aber wir werden ihnen diese grundsätzliche Auseinandersetzung nicht ersparen. Hier liegt die zentrale Bedeutung der Vorgänge in Sachsen-Anhalt. Ich finde, wir



als CDU haben eine gesamtdeutsche Verpflichtung, das nicht als Thema Ost oder als Thema West zu verstehen. Das, was in Sachsen-Anhalt abgelaufen ist, ist für ganz Deutschland von allergrößter Bedeutung und allergrößter Konsequenz.

Vier Jahre lang haben Sozialdemokraten und Grüne in offener Kooperation mit der PDS Sachsen-Anhalt heruntergewirtschaftet. Christoph Bergner hat es dargelegt: höchste Arbeitslosigkeit, schlechteste Wirtschaftsentwicklung, Rechtsradikale in zweistelliger Größe, eine frech auftrumpfende PDS und katastrophale Politikergebnisse.

Die Jahre der Höppner-Regierung sind ein eindrucksvoller Beleg für den Erfahrungsgrundsatz: Überall, wo Sozialdemokraten und Grüne ein Land in die Hände bekommen, da geht es bergab.

Nun haben wir gewichtige Stimmen gehört – sie sind auch heute morgen von diesem Pult aus zitiert worden –, die die Frage nach dem demokratischen Charakter der PDS zurückweisen. Man müsse diese Kräfte einbinden; man müsse sich darum bemühen, heißt es. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes, aus dem ich komme, Nordrhein-Westfalen – ein Bericht, der von einer sozialdemokratisch geführten Regierung verantwortet wird –, heißt es über die PDS: „Der Landesverband ist weiterhin als Sammelbecken links-extremistischer Bestrebungen anzusehen.“ Dieser Bericht aus Nordrhein-Westfalen weist warnend darauf hin, daß die PDS mit anderen linksextremistischen Parteien und Gruppierungen „auch des gewaltbereiten Spektrums“ zusammenarbeitet.



Das Ganze wird natürlich taktisch verschleiert. Das Lenin-Wort von den Bürgerlichen als den „nützlichen Idioten“ kennen wir ja. Bei dem Chefideologen der PDS, André Brie, klingt das heute wie folgt – ich bitte Sie, das einmal ganz ruhig aufzunehmen: „Die PDS muß endlich erkennen, welche Chancen für sie im Grundgesetz liegen.“ Und Brie weiter: „Wir müssen uns sein Instrumentarium aneignen, lernen, darauf zu spielen.“

Trotz aller Verschleierungsversuche gibt es reichlich extremistischen Klartext. Vor wenigen Wochen hat Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der PDS und letzter Ministerpräsident der SED, seine Partei unter dem Jubel der Delegierten auf dem PDS-Parteitag in Rostock dazu aufgerufen, sich als „revolutionäre sozialistische Kraft“ zu verstehen und auch so zu handeln.

Wenn eine Partei in Deutschland sich als revolutionäre sozialistische Kraft versteht

und uns androht, daß sie auch so handeln will, dann ist die wehrhafte Demokratie zu allerhöchster Wachsamkeit gefordert.

Hans-Ulrich Klose hat eben von den Opfern gesprochen. Der sächsische Sozialdemokrat Otto Marr, von der Gestapo wegen seiner SPD-Mitgliedschaft verfolgt und gefoltert, dann von den Kommunisten zu 25 Jahren Bautzen-Haft verurteilt, hat im November 1996, kurz vor seinem Tode, in einem Vortrag vor der Kurt-Schumacher-Gesellschaft einen eindringlichen Appell an die SPD gerichtet. Er schilderte die Schrecken der Verfolgung in beiden Terrorregimen und fuhr dann fort – ich zitiere ihn wörtlich –:

Es ist für uns verfolgte Sozialdemokraten beschämend, wie eine kleine Minderheit würdelose Anbiederungsversuche bei der PDS macht. Das ist eine schamlose Verhöhnung aller toten und noch lebenden sozialdemokratischen Opfer der verbrecherischen SED-Diktatur.

Er schließt: „Ein zweites 1945/46 darf und wird es nicht geben.“

Da müßte eigentlich auch dem letzten Sozialdemokraten klarwerden, daß er die Geschichte der eigenen Partei verrät, wenn er mit der PDS gemeinsame Sache macht.

Nun wird ja verbreitet, der derzeitige Kandidat der Sozialdemokratischen Partei sei in dieser Frage anderer Meinung gewesen.

Gerhard Schröder hat aber bereits 1994 bei der damaligen Regierungsbildung Reinhard Höppner aufgefordert: „Nimm doch die PDS mit in die Regierung ...“

Wer 1994 so gehandelt hat, kann heute nicht so tun, als hätte er mit den Entwicklungen in Magdeburg nichts zu schaffen. Schröder ist der Geburtshelfer der Magdeburger Verhältnisse. Das ist die Wahrheit.

Was die Sozialdemokraten in Magdeburg aufgeführt haben, ist nichts anderes als eine Verlängerung der alten Antifaschismus-Lüge der SED. Die Kommunisten haben immer ihren Terror moralisch mit der verlogenen Behauptung zu legitimieren versucht, Mauer, Stacheldraht und Stasi-Herrschaft seien die notwendige Voraussetzung, um den Faschismus fernzuhalten. Die Sozialdemokraten stellen sich in diese unselbige Tradition, wenn sie vor der deutschen Öffentlichkeit behaupten, es bedürfe der PDS, um die DVU zu bekämpfen. Ich danke Ignaz Bubis für seinen klaren Wi-

derspruch. Es ist eine Schande, wenn Herr Höppner die Opfer des NS-Regimes für eine Aktion zugunsten der PDS instrumentalisiert.

Nun wird immer wieder gesagt, die PDS sei nicht mehr die alte SED. Das ist absolut zutreffend. Die PDS ist nicht mehr die alte SED; sie ist das Konzentrat der alten SED, jene Hunderttausend, die auch nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht nichts dazugelernt haben.

Seit vier Jahren werden die SPD-Parteizentrale, die PDS-Propagandatruppen, das Neue Deutschland, die Herren Lafontaine und Gysi nicht müde, uns aufzufordern, den Finger nicht mehr auf die PDS-Wunde zu legen. Der eine oder andere mag sich von solchen Forderungen beeindruckt lassen. Ich, liebe Freunde, sage vor diesem Parteitag: Ich lasse mich davon nicht beeindruckt. Solange eine Partei so auftritt, so agiert und so mit der deutschen Geschichte umgeht wie die PDS, werde ich das immer wieder ansprechen und brandmarken.

Ich werde auch in diesem Wahlkampf Roß und Reiter nennen. Einen Grundsatz, der unter den Demokraten einmal klar war, haben die Sozialdemokraten verraten; sie haben die Demokraten gespalten. Dieser Grundsatz lautet: Niemals darf ein deutscher Bundeskanzler von den Stimmen der Kommunisten abhängig sein.

Unser Bundeskanzler sagt ja immer, man solle den „Spiegel“ nicht lesen. Aber einer muß es ja tun; also lese ich den „Spiegel“ dann doch. Der heutige „Spiegel“ bringt ein Interview mit Herrn Lafontaine. Falls auch Sie gegen die Regel des Bundeskanzlers verstoßen wollen: Schauen Sie einmal hinein. Es ist ein interessantes Interview – nicht nur, daß Lafontaine unser Thema der Zusammenarbeit zwischen

SPD und PDS mit großen Worten für ein unwichtiges Thema erklärt – das lehrt uns, daß eigentlich das Gegenteil der Fall ist –, nein, er macht auch eine interessante Aussage. Auf die Frage, warum SPD und PDS in den Ländern, aber nicht auf Bundesebene zusammenarbeiten würden – dafür muß er ja ein Argument bringen –, sagt Oskar Lafontaine in der heutigen Ausgabe des „Spiegel“, auf Bundesebene werde die SPD nicht mit der PDS zusammenarbeiten, weil sie „außenpolitisch“ unzuverlässig sei. Daß die PDS außenpolitisch unzuverlässig ist, wissen wir. Auch die Grünen sind außenpolitisch höchst unzuverlässig; die Sozialdemokraten selbst sind außenpolitisch auch nicht so zuverlässig.

Ich frage: Was ist denn das für eine Begründung, daß sie außenpolitisch unzuverlässig sind? Was ist denn mit der Innenpolitik? Was ist mit der Überwindung unserer Gesellschaftsordnung, wie sie im PDS-Programm zum Ziel gesetzt wird? Was ist mit den Aktionsbündnissen mit gewaltbereiten Gruppen? – Kein Wort davon bei Lafontaine. Wenn er in bezug auf die Innenpolitik SPD und PDS gleichsetzt und das in einer solchen verräterischen Weise bekanntgibt, dann müssen wir sagen: Das ist der Weg in eine andere Republik, den dieses Linksbündnis will. Das werden wir in der deutschen Öffentlichkeit klar ansprechen.

Ich möchte jetzt eine strategische Bemerkung machen. Die politische Auseinandersetzung dieses Jahres wird um die Frage geführt, wer in Deutschland die politische Mitte repräsentiert.

Das gilt für Personen, das gilt für Inhalte, und das gilt für Bündnisstrategien, und das gilt in allererster Linie für politische Parteien. Für die CDU galt schon immer der Grundsatz: Wir halten gleich

weiten Abstand nach rechtsaußen wie nach linksaußen. Wir sind die einzige politische Kraft, die diesen Abstand hält. Die Sozialdemokraten haben die politische Mitte längst geräumt.

Volker Rühe hat es angesprochen: Ist es denn Mitte, liebe Freunde, wenn man unseren Bundeswehrsoldaten, die Tag und Nacht Sandsäcke geschleppt haben und damit die Menschen an der Oder vor einer Flutkatastrophe bewahrt haben, wenn man unserer Bundeswehr jetzt in Frankfurt an der Oder mit den Stimmen von SPD und PDS, die die Mehrheit im Rat stellen, ein öffentliches Gelöbnis mit dem Hinweis verweigert, das sei fehl am Platze? Das ist nicht politische Mitte, liebe Freunde. Das ist die miese alte linke Ecke.

Es ist nicht politische Mitte, wenn man jahrelang den Asylkompromiß verhindert, gegen den Herr Schröder – das müssen wir den Leuten erzählen – gestimmt hat. Es ist nicht Mitte, wenn man mit Neidkampagnen die Deutschen in Ost und West gegeneinander ausspielt. Und es ist schon gar nicht Mitte, wenn man den Menschen in den neuen Ländern zumutet, daß Stasi-Spitzel, Kommunisten und andere extreme Linke wieder das Sagen bekommen.

Es gibt eine klare Ortsbestimmung: Es ist Helmut Kohl, es ist die CDU, wir sind die politische Mitte in Deutschland und niemand sonst!

Vor uns liegt eine Zeitenwende. Das ist mehr als ein Datum im Kalender. Das ist der Übergang in ein neues Zeitalter mit all den Herausforderungen, die damit verbunden sind. In dieser Zeit bedarf es eines Höchstmaßes an Kompetenz und eines Höchstmaßes an politischem Gewicht, an Erfahrung, an Verlässlichkeit und an visionärer Kraft an der Spitze unseres Staates. Liebe Freunde, wir haben einen Kanz-

ler, auf den die Welt schaut. Wir sind stolz auf Helmut Kohl.

Ich will zu einem weiteren wahlentscheidenden Thema kommen, das viele Menschen beschäftigt, nämlich zu den Veränderungen in der Weltwirtschaft. Die Fusion der Automobilgiganten Daimler-Benz und Chrysler hat ein Schlaglicht auf eine Entwicklung geworfen, die die Wirtschaft mehr und mehr bestimmt: die Globalisierung.

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach wurden die Deutschen nach ihrer Einstellung zur Globalisierung befragt. Es stellte sich heraus, daß 20 % der Befragten mit dem Begriff vertraut sind. 40 % gaben an, eine ungefähre Vorstellung zu haben. Weitere 40 % hatten noch nichts von Globalisierung gehört und verbanden damit ganz unscharfe Vorstellungen. Die Umfrage hat weiter ergeben, daß diejenigen, die Bescheid wissen, optimistisch sind und die Entwicklung positiv bewerten; diejenigen, die nicht Bescheid wissen, sehen sich von Risiken bedroht.

Dabei gehört Deutschland eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern. Unser boomender Export ist dafür der beste Beweis. Wir haben Deutschland auf diese Entwicklung gut vorbereitet. Die CDU leidet aber oft darunter, daß ihr große und wichtige Leistungen in der Bevölkerungsmeinung nicht angerechnet werden. Deshalb werden wir die Früchte dieser positiven Entwicklung – des Aufbruchs in der Wirtschaft, des Aufbruchs im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation, den Jürgen Rüttgers auf den Weg gebracht hat, der positiven Entwicklung bei den Weltmarktpatenten mit den Arbeitsplatzwirkungen, die davon ausgehen – nur dann ernten können, wenn wir das große Informationsbedürfnis in der Bevölkerung auch befriedigen und, liebe Freunde, wenn wir so von der Wirtschaft reden, daß es die Menschen draußen auch verstehen.

Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß wir in unserem Zukunftsprogramm, über das wir morgen verhandeln und beraten werden und das ein starkes Stück Zukunft darstellt, ein konkurrenzlos gutes Programm, das eine bessere Zukunft beinhaltet, als jede andere politische Partei in Deutschland sie zu bieten hat, einen ganz neuen Stil gewählt haben. Da wird von den beiden zentralen Fragen unserer Zeit – die erste Frage lautet: Was hält die Gesellschaft zusammen?; die zweite Frage lautet: Wie schaffen wir angesichts der großen Veränderungen neue Arbeitsplätze? – ausgehend beschrieben, wie wir morgen leben und arbeiten werden und was heute dafür zu tun ist. Wir werden mit diesem Programm ein starkes Stück Zukunft auf den Weg bringen. Wolfgang Schäuble hat mit seiner Kommission hierfür eine ausgezeichnete Arbeit vorgelegt. Ich möchte ihm auch an dieser Stelle herzlich im Namen des Parteitages danken.

Wenn Sie dieses Programm studieren und mit unserer Politik vergleichen, ist ein interessanter Unterschied zu Rot-Grün festzustellen. Es sind die Voraussicht, die Vision, das Denken in großen Zusammenhängen, weit und mutig nach vorne, die uns voranbringen. Rot-Grün steht für das kleine Karo. Wir stehen für das Denken in großen Zusammenhängen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Es waren nie die Kleingeister und Oberbedenkenräger, die die Welt positiv bewegten. Sie standen den neuen Entwicklungen immer im Weg, von der Eisenbahn bis zum Computer.

Vor zwei Wochen sprach Oskar Lafontaine auf dem Zukunftskongreß einer Verlagsanstalt. Statt des von der Deutschen Presse-

Agentur angekündigten Agenturberichtes brachte dpa folgende Meldung:

Die Berichterstattung über die Rede des SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem ECON-Zukunftstag in Düsseldorf entfällt mangels Nachrichtenwertes.

Es ist mittlerweile modern geworden, das Wort „Innovation“ auf den Lippen zu führen. Tatsache ist allerdings: Wo immer ein innovativer Funke sprüht, ob beim Transrapid oder in der Gentechnologie, immer steht schon ein roter oder grüner Genosse mit dem Wassereimer bereit, um ihn ja rasch auszulöschen.

Unser Bundeskanzler hat heute morgen Anzeigen unseres verehrten politischen Mitwettbewerbers aus der Baracke von schräg gegenüber im Blick auf den Aufschwung schon ein bißchen geschildert. Ja, es stimmt: Die Sozialdemokraten fürchten nichts mehr als den Aufschwung. Genauer gesagt: Sie versuchen, die Bevölkerung stimmungsmäßig in einem Zustand zu halten, der der wirtschaftlichen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt ganz und gar nicht entspricht. In der Weise, in der sichtbar wird, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Wirtschaftskraft unseres Landes zunimmt, nehmen auch unsere Chancen zu. In der Weise, in der die Menschen in ganz Deutschland kritisch prüfen und vergleichen – sie können sich mit Menschen aus der ganzen Welt vergleichen: Was sind meine Möglichkeiten, und wie stellen sich die Möglichkeiten in anderen Ländern dar? –, nehmen auch unsere Chancen zu.

Wir müssen allerdings auch einen kritischen Punkt bedenken. Manchen ging vieles zu schnell. Manche haben gefragt: Warum immer wir? Manche haben viele Reformen auch als Zumutung empfunden. Wenn jemand ein kleines Einkommen hat und hört, daß er in der Apotheke höhere Zuzahlungen leisten muß, daß die Rente

langsamer steigen wird, daß es bei der Lohnfortzahlung eine Änderung geben wird oder daß es im Arbeitsrecht Änderungen geben wird, sieht er sich vor die Frage gestellt: Bringt das etwas oder wird mir nur etwas abgeknöpft?

Wir müssen in der Diskussion offensiv vertreten: Unsere Reformen waren nicht immer bequem. Sie waren manchmal auch ein Stück Zumutung. Sie waren aber ein elementarer Beitrag, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftskraft zu produzieren, die soziale Kraft hervorbringt. Diese Reformen zeigen Wirkung.

Es wird immer von fünf Millionen Arbeitslosen geredet. Es sind viele hunderttausend weniger. Im April ist die Zahl der Arbeitslosen erneut deutlich zurückgegangen, in der alten Bundesrepublik zum viertenmal in Folge. Zum viertenmal in Folge war sie auch niedriger als im Vorjahresvergleich. In den neuen Ländern hatten wir von März auf April 1998 den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1990.

Deswegen können wir der deutschen Öffentlichkeit sagen: Der Aufschwung ist da, es ist unser Aufschwung, und wer ihn erhalten will, muß CDU wählen.

Jetzt ist Dieter Schulte leider nicht mehr im Saal, aber ich will doch noch ein kurzes Wort zum DGB sagen. Ein Bündnis unseliger Art stellt die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und Rot-Grün dar. Der DGB nimmt 8 Millionen Mark aus der Kasse seiner Mitglieder, um häßliche Propaganda gegen die Reformpolitik der Bundesregierung zu machen.

Die SPD hat sich hierfür herzlich bedankt. Sie hat einem Spitzenfunktionär der IG



steuer für Betriebe, eine Lastenausgleichsabgabe, eine Schwerverkehrsabgabe, eine Vermögensteuer, eine Devisensteuer, und schließlich soll den Menschen vorgeschrieben werden, wann und wie oft sie in Urlaub fahren dürfen. Freuen wir uns, wenn Menschen regelmäßig in Urlaub fahren. Wenn es einmal im Jahr ist, wenn die Familie dabei ist, wenn es nach Mallorca und im Flugzeug ist, dann ist das auch in Ordnung. Das wollen wir den Menschen als Politik nicht vorschreiben.

Ich möchte einmal Norbert Blüm zitieren: Fünf Mark für den Liter Ben-

zin und Drogen freigeben: Wenn es nach den Grünen ginge, werden in Zukunft die Drogen an der Tankstelle und das Benzin in der Apotheke verkauft.

Zu den Entscheidungsfragen im Wahlkampf gehört die Praxis unseres Asylrechts, das Themas des Zuzugs von Ausländern und die innere Sicherheit. Wer wissen will, was von einem rot-grünen Bündnis zu erwarten ist, und wer mit den verwaschenen Formulierungen im SPD-Programm nicht klarkommt, dem empfehle ich einen Blick in das Wahlprogramm der Grünen. Das gilt für alle Politikbereiche. Gucken Sie bei den Grünen nach, da steht Klartext, dann wissen Sie ungefähr, was die Sozialdemokraten vorhaben und zu verschleiern versuchen. Da ist zum Beispiel die Forderung der Grünen, zum alten Asylrecht zurückzukehren. Liebe Freunde, ich sage hier klipp und klar: Nichts würde damit mehr beschädigt als der Schutz der Menschen, die wirklich verfolgt sind und unsere Hilfe brauchen, wenn wir zurück zum alten Asylrecht mit

Metall den Sozialposten im rot-grünen Schattenkabinett verschafft. Die SPD-Sozialpolitiker Dreßler und Schreiner haben das nach eigener Auskunft aus der Zeitung erfahren, getreu dem Niedersachsen-Slogan von Schröder: „Es geht auch menschlich.“ Und was die 8 Millionen Mark angeht, dafür gibt es weiß Gott sinnvollere Verwendungen, denken wir an die Lehrlingsausbildung oder denken wir an die betriebliche Altersversorgung.

Da wäre das Geld besser investiert als in eine häßliche Hetzkampagne gegen die Bundesregierung.

Der Bundeskanzler hat von der großen Steuerreform gesprochen. Das ist das größte arbeitsplatzschaffende Projekt dieses Jahrzehnts und der wichtigste Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Nun sagen die anderen, sie wollten auch eine machen. Rot-Grün droht mit insgesamt sieben zusätzlichen neuen Steuern.

Da gibt es eine Benzinpreiskeule – da hilft auch keine Kurzprogramm Kosmetik –, eine Ausbildungszwangsabgabe, eine Mindest-



seinem massenhaften Asylmißbrauch von Schlepper- und Schleuserbanden kämen.

Herr Schröder hat damals bei diesem Kompromiß mit Nein gestimmt. Er wollte die Korrektur des Asylrechts nicht mitmachen. Auch daran müssen wir ihn erinnern. Kein anderes Land in Europa nimmt mehr Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge auf als Deutschland.

Als ein deutscher Schriftsteller, als Günter Grass die Asylpraxis in Deutschland eine, wie er sich ausdrückte, „demokratisch legitimierte Barbarei“ nannte und ich ihm öffentlich widersprochen habe, sind Rote und Grüne scharenweise herbegeeilt, um ihn zu verteidigen. Sie hätten besser daran getan, Deutschland zu verteidigen. Ich habe unser Land vor diesen Angriffen in Schutz genommen, und ich werde es immer wieder tun.

Übrigens, was Gewalttätigkeit, Krimina-

lität angeht, in Niedersachsen ist Abschiebung ein Fremdwort. Rechts reden, links denken, nichts tun, das ist die Methode Schröder. Er sollte erst einmal seiner Verantwortung als Ministerpräsident nachkommen, bevor er nach anderen Ämtern greift.

In der inneren Sicherheit hat für uns der Schutz der Bevölkerung absolute Priorität. Wir stehen auf der Seite der Opfer, und für uns gilt ein ganz einfacher Grundsatz, den wir in unserem Zukunftsprogramm verankert haben und der lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher. Das ist unser Grundsatz.

Für den Erfolg der CDU ist ein gutes Abschneiden in den neuen

Ländern ein wichtiger Beitrag. Dabei stehen die Umfragewerte, wie auch das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, in einem spannungsreichen Widerspruch zu dem, was wir in den letzten acht Jahren mit den Menschen und für die Menschen in den neuen Ländern erreicht haben. Es ist offensichtlich so, daß die Tatsache, daß der Aufbau Ost sein letztes Ziel noch nicht erreicht hat und die Wegstrecke länger erfahren wird, als wir es selbst vor Jahren geglaubt haben, bei vielen Menschen Unsicherheit auslöst. Man kann jedoch an dieser Stelle mit Fug und Recht sagen, daß das, was wir gemeinsam in diesen acht Jahren geschaffen haben, für die einzelnen Menschen, aber auch für ganze Landstriche und für die Bevölkerung und für die Länder eine großartige Leistung ist, über die die ganze Welt staunt. Wir müssen vielleicht wieder etwas stärker mit Stolz und Selbstbewußtsein davon reden: Wir haben blühende Landschaften versprochen, und wir haben blühende Landschaften bekommen.

Der Aufbau Ost ist die beeindruckendste Erfolgsgeschichte in diesem Jahrhundert. Daß sie möglich wurde, verdanken wir nicht zuletzt einem Mann, der dafür in der richtigen Zeit mit Mut und mit Grundsatztreue die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Es war der amerikanische Präsident Bill Clinton, der das in der vergangenen Woche angesprochen hat und der in eindrucksvoller Weise vor der Weltöffentlichkeit klargemacht hat, welch ein Gewinn Helmut Kohl für Deutschland, für Europa und für die Völkergemeinschaft ist. Ich danke dem amerikanischen Präsidenten für seine klaren Worte.

Der Bundeskanzler hat heute morgen ausgeführt, daß der Aufbau Ost weiter allererste Priorität hat. Wir freuen uns über unsere erfolgreichen Mitstreiter. Ich möchte einmal die Ministerpräsidenten nennen. Wir wünschen Berndt Seite ein starkes Wahlergebnis bei seiner Landtagswahl. Er hat in Mecklenburg-Vorpommern eine ausgezeichnete Politik gemacht. Dieses Land muß weiter von ihm regiert werden. Bernhard Vogel und Eberhard Diepgen wünschen wir, daß sie in ihren Großen Koalitionen starke Nerven behalten. Sie müssen viel Kraft aufwenden, nicht nur für die Länder, sondern auch in all den Diskussionen unserer Tage. Sie zeigen aber, daß CDU-geführte Regierungen, Regierungen, die von demokratischen Parteien gebildet werden, gute und sehr gute Ergebnisse für das Land hervorbringen, während Höpner demonstriert hat – Herr Stolpe macht es ihm als Sozialdemokrat in Brandenburg nach –, daß es dort, wo Rot oder Rot-Grün, gar mit der PDS, ans Ruder kommen, mit dem Land bergab geht.

Alles Gute für Bernhard Vogel und Eberhard Diepgen, liebe Freunde!

Einen Sonderwunsch habe ich mir für Kurt Biedenkopf aufgehoben. Kurt Biedenkopf hat in Sachsen für die CDU ein Ergebnis bei der Landtagswahl erreicht, das sogar das unserer geschätzten Freunde aus Bayern übertroffen hat. Wir wünschen Kurt Biedenkopf, daß er mit Sachsen wieder mit der absoluten Mehrheit der Stolz der CDU bleibt. Ein starkes Sachsen-Ergebnis für die CDU!

Wie hat sich der Kandidat der Sozialdemokratie in der deutschen Frage verhalten? Erbärmlich. „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen.“

Das hat der Mann am 12. Juni 1989 gesagt. Das war der Zeitpunkt, wo überall die Freiheit auf einem Siegeszug war und wo das Sehnen der Menschen herrschte, daß das auch in Deutschland passieren würde. Und dieser Mensch redete davon, daß es eine Lüge wäre, wenn man die Hoffnung auf die Wiedervereinigung wachhält.

Am 22. Juni 1990 hat er im Bundesrat zusammen mit Oskar Lafontaine gegen den Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestimmt. Damals waren die beiden die Minderheit in der SPD. Heute haben sie die SPD in der Hand. Wer in dieser nationalen Frage so versagt hat, der darf – moralisch gesehen – nicht das Recht beanspruchen, sich um die Kanzlerschaft im vereinten Deutschland zu bewerben.

Ich habe noch zwei Briefe herausgesucht, die ebenfalls interessant sind. Sie haben zeithistorischen Charakter, sie sind aber auch für die Gegenwart noch relevant.

Gerhard Schröder schreibt am 31. Januar 1986 an Egon Krenz:

Die Gespräche waren offen und informativ. Besonders war ich von Erich Honnecker beeindruckt. Durchstehvermögen, das Du mir wünschst, brauche ich in diesem arbeitsreichen Wahlkampffahr bestimmt. Aber auch Du

– gemeint ist Krenz –

wirst für Euren Parteitag und die Volkskammerwahl sicher viel Kraft und vor allen Dingen Gesundheit benötigen. Beides wünsche ich Dir von ganzem Herzen. Dein Gerhard Schröder.

(Zurufe: Pfui!)

Egon Krenz schrieb ganz begeistert an Erich Honecker – auch das ist ein interessanter Brief; hören Sie sich das einmal an – Schröder hat das Gespräch mit Dir – und jetzt wörtlich – „außerordentlich stark beeindruckt, ihm für seine persönliche Entwicklung viel gegeben und seine politische Autorität in der BRD gestärkt“.

Es geht noch weiter:

In seinen Wahlversammlungen habe er so oft darauf verwiesen, daß ihn der tiefe Antifaschismus und die außerordentliche Friedensliebe des Staatsratsvorsitzenden der DDR sehr bewegt habe.

Was soll Deutschland mit diesem Mann? Für die Deutschen kann kein Mann sprechen, der noch nicht einmal die wichtigste Angelegenheit der Deutschen zu seiner eigenen Sache macht, sondern sie so verrät, wie das aus den Dokumenten klar wird.

Führung bedeutet, Orientierung zu geben, ein Programm zu haben und eine Meinung zu vertreten: morgens dieselbe wie abends, vor der Kamera dieselbe wie dahinter, im Osten dieselbe wie im Westen,

im Ausland keine andere als im Inland. Nur wer danach lebt und so handelt, kann auch einen Führungsanspruch begründen und ein Land regieren. Wie könnten die Regierungschefs der anderen europäischen Staaten einen Menschen ernst nehmen, der unmittelbar vor einer für einen Kontinent und für ein Jahrhundert historischen Situation von einer „kränkelnden Frühgeburt“ spricht und dessen Versagen in anderen historischen Situationen unwiderruflich und eindeutig dokumentiert ist?

Selbst einem Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ – ich glaube, er ist auf dem Parteitag; er hat nach meiner Kenntnis noch nie einen freundlichen Kommentar über die CDU geschrieben – war unwohl bei dieser Vorstellung, und er hat über Schröder geschrieben: „Den mag man sich freilich an Kohls Stelle ... in Brüssel nicht sehr gerne vorstellen.“ Der Mann hat recht!

Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der eine Presseerklärung für die Förderung der Behinderten herausgibt und der die Mittel für die Behinderten im Landeshaushalt streicht. Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der vom Mittelstand redet, die Rentenreform aber rückgängig macht und der so in den nächsten 10 Jahren 150 Milliarden DM auf die Betriebe abwälzen will. Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der sich mit den weißrussischen Diktatur Lukaschenko gegen den Rat der Europäischen Union trifft.

Als er erwischt wurde, sagte Schröder, das sei ein privates Treffen gewesen. Wir brauchen keinen, der privat Lust auf Umgang mit Diktatoren hat. Das gilt in bezug auf Herrn Honecker wie auch auf Herrn Lukaschenko.

Helmut Kohl hatte schon mit vielen Kanzlerkandidaten zu tun:

Helmut Schmidt, Hans Jochen Vogel, Johannes Rau, Oskar Lafontaine – Björn Engholm hat es nicht bis zum Kanzlerkandidaten geschafft – und Rudolf Scharping. Ich sage in aller Ruhe: Gerhard Schröder ist das politisch unmoralischste Angebot, das die SPD jemals in der Kandidatenfrage gemacht hat.

Der Vorstandssprecher der Grünen, Jürgen Trittin, hat es auf den Punkt gebracht. Er sagt:

„Gerhard Schröder kann nicht kochen, aber er ist sicher ein guter Kellner. Er kann unsere Politik gut servieren.“ Werfen wir doch einmal einen Blick in die rotgrüne Küche. Dort stellt Lafontaine die Menüfolge zusammen, Fischer und die Grünen besorgen die verdorbenen Zutaten, und Gysi spuckt in die Suppe.

Was uns Schröder als Nouvelle cuisine – das ist die Übersetzung von neuer Mitte – serviert, ist nichts anderes als eine ungenießbare linke Brühe, die den Bürgern schwer im Magen liegen würde.

Vor dem Parteitag haben einige uns wohlgesonnene Journalisten die Frage gestellt, ob die CDU gewinnen wolle. Denen haben wir heute gezeigt und werden es auch morgen zeigen, daß wir gewinnen wollen. Wir werden ihnen aber auch zeigen, daß wir gewinnen werden.



Unsere Mitglieder sind bis in die Haarspitzen motiviert. Unser Motto lautet: Schwarz-Rot-Gold statt Rot-Grün-Dunkelrot.

Fallt nicht auf die primitive Propaganda herein! Es gehört zu den billigsten Taktiken der politischen Linken, die Leute im Hinblick auf die eigenen Feldherren zu verunsichern, die Truppen auseinander zu bringen und uns, wie das bei bürgerlichen Parteien so üblich ist, in Selbstzweifel zu stürzen.

Wir haben ein erstklassiges Programm; das ist konkurrenzlos gut. Wir haben einen erstklassigen Kanzler; wir sind erstklassig motiviert. Wenn jeder mitmacht, wenn jeder anpackt, kämpft und dabei an Deutschlands Zukunft denkt, dann wird es gelingen. Auf geht's! Wir bleiben dran!

*(Anhaltender Beifall -
Die Delegierten erheben sich.)*

Pressestimmen

Tag des Kanzlers

Aus dem tiefen Tal demoskopischer Kafeesatzleserei kommend erreichten die 1001 Delegierten gestern den CDU-Bundesparteitag mit einer ins Unvermeßliche gestiegenen Erwartungshaltung. Neben viel Hoffnung hatten sie mit im Bremer Gepäck die bange Frage, ob sich Geschichte wiederholt: Ob es der Partei noch einmal gelingt, mit einem fulminanten Parteitag wie 1994 in Hamburg die vorhergesagte Wahlniederlage in letzter Minute abzuwenden. Eine Antwort auf diese Frage gibt es erst am 27. September.

Fest steht indes schon seit gestern, daß einer sich auch nicht eine Stunde früher geschlagen geben will. Daß er die Partei aus einer nicht wegzudiskutierenden Lethargie riß, liegt an einer seiner großen Stärken: Kohl präsentierte sich gestern wieder als das zu allem entschlossene Schlachtroß, das die Partei in schwierigen Zeiten braucht.

Die Mobilisierung nach innen ist gelungen. Ob der ins Wasser geworfene Stein auch genug Wellen schlägt, kann nur die Zeit nach Bremen zeigen. Die CDU muß endlich auf breiter Front den Polit-Pudding Marke Schröder angreifen.

Westfälische Nachrichten

Den Nerv der Partei getroffen

Der Kanzler der Einheit hat auf dem Parteitag der CDU in Bremen eine kämpferische, emotionale Wahlkampfrede gehalten – und damit den Nerv der Partei getroffen. Kohl präsentierte sich als Solidarität fordernder, gestrenger Parteivater, als Mut-

macher, als anerkannter Staatsmann, der die deutsche Einheit gebracht und die europäische Einigung entscheidend vorangetrieben hat, als tatkräftiger Regierungschef, der vehement darauf drängt, daß in der Bundesrepublik angesichts der Globalisierung der Wirtschaft einschneidende Reformen vor allem in den Bereichen Soziales und Steuern so schnell wie möglich umgesetzt werden. Von Bremen sollte ein Signal der Entschlossenheit, des Aufbruchs ausgehen. Und in der Tat: Helmut Kohl hat es verstanden, seiner Partei wieder Siegeswillen einzuhauchen. In vielerlei Hinsicht erinnerte dieser Auftritt an die Hamburger Parteitagsrede vor der Bundestagswahl von 1994.

Handelsblatt

Kohls Botschaft

Am 27. September haben die Deutschen die Wahl zwischen zwei gleichermaßen atemraubenden Perspektiven: einer Zukunft ohne Kohl und einer Zukunft mit Kohl. Den Kanzler auf den Weg zum Jahre zwanzig seiner Kanzlerschaft zu schicken, erscheint ebenso unerhört, wie ihn nach sechzehn Jahren einfach abzuwählen. Die Demoskopien ermitteln seit langem eine Wechsel-Stimmung, die Überdruß mit Blick auf Kohl erkennen läßt. Auch in der Kanzler-Partei sind solche Empfindungen nicht unbekannt. Be kommt der Wunsch nach neuen Gesichtern jetzt, nach Kohls Triumph in Bremen, Konkurrenz durch die Lust am Rekord in politischer Dauerhaftigkeit über die Epochenbrüche hinweg: Mach's noch mal, Helmut?

Was ein Parteivorsitzender mit einer Parteitagsrede für die Geschlossenheit, den Kampfgeist, die Motivation seiner Anhänger tun kann, das hat Kohl in Bremen getan. Er hat der CDU vor Augen geführt, für was sie steht, welche Leistungen sie

sich nicht streitig machen lassen darf, welche Zukunftsaufgaben sie anzupacken hat. Er zeigte sich gelöst, seiner Sache sicher, fast schon ein wenig über den Dingen schwebend. Keine Spur von Verkrampfung oder Müdigkeit. Die Delegierten ließen sich begeistern. Sie wollten sich begeistern lassen. Doch brauchten sie für ihren Jubel kein Regiebuch. Wird Kohls Wirkung auf den Parteitag die Mauern der Bremer Stadthalle durchdringen und zum Beginn jenes Stimmungsumschwungs werden, den sich die CDU von dieser Veranstaltung erhofft? Für schwankende Wähler der Mitte jedenfalls könnte sich nach Bremen die Welt etwas anders darstellen als vorher.

Kohl weiß, daß die Wähler der Mitte beweglich geworden sind, daß man ihnen mehr bieten muß als stabile Feindbilder. Ein Lagerwahlkampf nach dem Rote-Socken-Muster könnte sie eher abstoßen als einfangen. Das vielleicht Bemerkenswerteste an Kohls Rede war denn auch, daß in ihr die PDS eher ein Nebenmotiv blieb – nicht nur aus Rücksicht auf ostdeutsche Befindlichkeiten. Kohl gab ein Beispiel für das, was Schäuble einen argumentativen Wahlkampf nennt, der ja auf den Appell an die Gefühle nicht verzichten muß. Doch ideologisches Donnerrollen und Schicksalsmelodien setzte er sparsam ein. Seine Botschaft ist einfach: Wir sind die Mitte, die anderen sind Banausen und Spieler.

Frankfurter Allgemeine

Kampfwillen mobilisiert

Wann hat ein Parteichef unter solchem Druck gestanden, mit einer Rede auf Knopfdruck über das Wohl und Wehe seiner Regierungspartei zu entscheiden? Die Erwartungen an Helmut Kohl waren geradezu ins Übermenschliche gesteigert. Seine zutiefst verunsicherte CDU verlangte nicht weniger als eine Wiederholung des

„Wunders von Hamburg“, wo Kohl in ähnlicher Lage 1994 den Startschuß zur siegreichen Aufholjagd im Bundestagswahlkampf gab.

Ob die gestrige Zwei-Stunden-Rede des Kanzlers als „Wunder von Bremen“ in die Parteigeschichte eingehen kann, wird sich allein nach dem Wahlergebnis vom 27. September entscheiden. Doch schon jetzt steht fest: Kohl hat den Kampfeswillen seiner Partei wieder mobilisiert. Und er hat gezeigt, daß er den rhetorischen Vergleich mit Herausforderer Schröder durchaus gewinnen kann. Kohl sprach frei, streckenweise geradezu lässig, und wandelte dabei den enormen Erwartungsdruck in Schwung um. Zugleich bot er weitaus mehr Substanz als Schröder. Und Kohl schaffte, was derzeit außer ihm in der Union niemand kann: Er traf ins Herz seiner Partei.

Rheinische Post

Mit Selbstvertrauen munitioniert

Das Signal von Bremen besagt: Die CDU macht sich auf, aus ihrem Tief herauszukommen. Und sie wird einen entschiedenen Richtungswahlkampf führen. Dem Wähler müsse klarwerden, daß es um eine Entscheidung zwischen zwei grundverschiedenen Wegen gehe, sagte Kohl mit Blick auf die Annäherung der SPD an die PDS. Den Sorgen der CDU in Ostdeutschland, ein Richtungswahlkampf könne zu einer starken Solidarisierung mit der SED-Nachfolgepartei führen, begegnete der Parteichef geschickt. Er hob den Wert der Wiedervereinigung für Frieden und Freiheit hervor, zollte den Leistungen der Menschen in den neuen Ländern nachdrücklich Anerkennung und versicherte, der Aufbau Ost genieße absolute Priorität. Gerade vor dem Hintergrund des deutschen und auch des europäischen Einigungspro-

zesses munitionierte Kohl seine Partei – zu Recht – mit Selbstvertrauen. Die Union hat hier in der Tat einiges vorzuweisen. Somit könnte der Bremer Parteitag die Trendwende für die CDU markieren.

Die Welt

Der Funke von Bremen

Der Jubel auf dem Bremer CDU-Parteitag – für Kanzler Kohl war es wie Balsam. Mit seiner Rede schaffte er es, die Delegierten aus tiefer Depression zu reißen. Jetzt muß der „Funke von Bremen“ auf die Mitglieder und Funktionäre vor Ort überspringen. Denn: Eine Partei, die nicht mehr an den Sieg glaubt, braucht bei Wahlen erst gar nicht anzutreten.

Bild

Kohls beachtlicher Auftritt

Erst in einigen Wochen wird sich zeigen, ob es Helmut Kohl gelungen ist, eine Wende im öffentlichen Klima zugunsten der CDU herbeizuführen. Auf jeden Fall reichte seine Parteitagsrede, um den eigenen Leuten Mut zu machen. Kohl betonte die wachsende Bedeutung der Werte und die Notwendigkeit von Erziehung. Diese Passagen seiner Rede zählten zu den stärksten. Sie eröffneten einen Ausblick auf ein mögliches Programmprofil der CDU, das den Modernisierungsprozeß in eine Gesellschaft einbettet, die die Verantwortung des einzelnen für sich und andere fordert und fördert.

Berliner Zeitung

Der Jumbo fliegt

Kurz vor dem CDU-Bundesparteitag machte Wolfgang Schäuble sich und den Seinen mit einem Bild aus der Luftfahrt Mut: Auch Segelflieger starten gegen den Wind. Das klang nach gekünsteltem Optimismus. Wer aber jetzt die verblüffend

gute Stimmung der Christdemokraten in Bremen gespürt hat, kann sich eines neuen Eindrucks nicht erwehren: In die Union ist nach langem Selbstzweifel und Stillstand wieder Bewegung gekommen.

Für Helmut Kohl und seine CDU paßt der Vergleich mit dem Segelflugzeug nicht – es ist ein Jumbo, der da in Bremen unter einem Dröhnen noch einmal angeworfen wurde. Kohl entwickelte, fast wie im Frühjahr 1994, aus sich heraus einen ansehnlichen Schub, und 1.000 Delegierte halfen mit zehnmütigen Ovationen nach. Ein bißchen klapprig ist die alte Maschine, aber mit bekannter Spannweite und Tragkraft.

Noch brummt der Jumbo nur über Baumwipfelhöhe dahin. Er müßte sehr steigen, um die SPD einzuholen. Aber für die Sozialdemokraten ist schon allein dieser Start in Bremen eine schlechte Nachricht. Noch bis vor kurzem glaubten viele von ihnen, Kohls Jumbo bleibe diesmal auf dem Rollfeld stehen.

In Bremen zeigte der Kanzler eine wunderbare Lebendigkeit. Politisches, Psychisches und Physisches haben bei ihm stets eine Einheit gebildet. Voriges Jahr, beim Leipziger Parteitag, sprach er nuschelig, verschluckte halbe Sätze und wirkte fahrig. In Bremen dagegen ergab sich ein ganz anderer Eindruck: Der „Alte“ wirkte wie verjüngt.

Drei äußere Faktoren haben Kohl wieder Auftrieb gegeben: erstens das Ja der SPD zu neuen Kooperationen mit der PDS in Ostdeutschland, zweitens die Schwäche der Grünen, drittens der einsetzende Aufschwung. Durch Kohls Grundsatzrede hat die CDU-Kampagne klare Konturen bekommen.

Gerhard Schröder muß sich überlegen, ob nicht durch den Bremer CDU-Parteitag eine neue Lage entstanden ist. Bislang gingen er und seine Berater davon aus, er könne fast wie durch einen Automatismus



So etwas wie ein mittelgroßes Wunder

Helmut Kohl, der CDU-Vorsitzende, der auch nach der kommenden Wahl Bundeskanzler bleiben will, bringt beim Bremer Parteitag so etwas wie ein mittelgroßes Wunder zustande. Jedenfalls in bezug auf seine Christdemokraten. „Wir wollen es packen, wir werden es packen. Machen Sie mit!“ So einfach klingen seine Ratschläge an die vielen Kleingläubigen in den eigenen Reihen. Und weil die lieber die Bundestagswahl gewinnen als verlieren wollen, nehmen sie die Kanzler-Worte begierig auf. Kohl-Dialektik macht aus Niedergeschlagenheit Siegeszuversicht.

Darin ist der Bundeskanzler stark, das kennt man von ihm. Sein diesbezügliches Talent hebt ihn unzweifelhaft aus der Politiker-Klasse heraus. Wahrscheinlich gibt es in der augenblicklichen Situation der CDU tatsächlich keine personelle Alternative zu Kohl. Kein Schäuble, kein Rühle, kein Biedenkopf und schon gar kein Rüttgers können die Parteibasis so begeistern wie der bewährte Kämpfer.

Bremer Nachrichten

an die Macht gelangen – nach dem Motto: Danke, Helmut, das war's. Er wolle „den alten Mann“ nicht angreifen, verkündete der SPD-Kanzlerkandidat.

Doch kann Schröder diesen Kurs durchhalten, wenn Kohl ihn angreift? Den tüdelligen Senior, den man ohne Mühe bald in den Ruhestand schicken kann, hat Kohl in den Ruhestand nicht abgeben. Statt dessen schoß Kohl eine Breitseite nach der anderen gegen den SPD-Kandidaten: Immer wieder habe Schröder in „Schicksalsfragen der Nation“ falsch gelegen, von der Nato-Nachrüstung über die Vereinigung bis zum EURO. Schon spielen die Werbestrategen der CDU auf Angriff; mit den Chaostagen in Hannover wird es wohl ebenso ein Wiedersehen geben wie mit freundlichen Briefen Schröders an die SED.

Gewiß Schröder hat nach wie vor hervorragende Chancen, Kohl zu schlagen – besser als Rudolf Scharping 1994 und Oskar Lafontaine 1990. Aber einen irgendwie gearteten Automatismus, der Schröder zur Macht befördert, gibt es nicht. Er hat einen starken, einen in vielen Wahlkämpfen erfahrenen Gegner.

Hannoversche Allgemeine

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Fotos dieser Ausgabe: Laurence Chaperon und Joachim Diesel

UID

16/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Joachim Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-50 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.